

Volkstimme

Die Volkstimme erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Gesamtredakteur: Franz Bethge, Magdeburg.
Für den Inseratenteil: Carl Lantau, Magdeburg.
Verlag von B. Parbaum, Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von L. Arnoldt, Magdeburg
Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.

Prämumerando gabDauer Abonnementspreis:
Bierteljährl. inkl. Bringerlohn 2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk. zzgl. Postgelb,
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7242.
Inserationsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.
Unterhaltungsbeilagen der Volkstimme: Die Neue Welt (12 Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 59. Magdeburg, Dienstag, den 10. März 1896. 7. Jahrgang.

Einkommensteuerverhältnisse in Preußen.

Ueber die Einkommensverhältnisse des Volkes in Preußen giebt die kürzlich veröffentlichte Uebersicht über die Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer für das Jahr 1895/96 wieder recht interessante Aufschlüsse. Bei einer Gesamtbevölkerung von 30 Millionen 812 583 Köpfen, von denen 12 Millionen 450 513 in den Städten und 18 Millionen 362 070 auf dem Lande wohnen, betrug die Zahl der Einkommensteuerfreien, das heißt aller, welche 900 Mark jährliches Einkommen und weniger aufzuweisen haben 21 844 060 oder 70,89 Prozent der Bevölkerung.

In der Einkommensgruppe von mehr als 900 bis 3000 Mark befanden sich — mit ihren Angehörigen — in den Städten und auf dem Lande 7 868 999 Menschen oder 25,54 Prozent des ganzen Volkes. Während also 70,89 Prozent oder fast drei Viertel der preussischen Bevölkerung weniger verdienen, als wissenschaftlich nachgewiesenermaßen zum auch nur einigermaßen leidlichen Lebensunterhalt unbedingt notwendig ist, haben ein in Wahrheit geringes Einkommen, welches bestenfalls zu notdürftigem Auskommen eben hinreicht, auch noch mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung und die Zahl dieser Armen und der Allerärmsten zusammengenommen erstreckt sich auf 96,43 Prozent oder weit mehr als 19 Zwanzigstel des ganzen Volkes.

Ihrem jährlichem Einkommen nach gehörten zum Mittelstande 743 652 Personen, die mehr als 3000 bis 6000 Mark Jahreseinkommen versteuern und 2,41 Prozent der Bevölkerung bilden.

Von den 30 812 583 der Gesamtbevölkerungszahl Preußens gehören 30 476 711 den seinem Einkommen nach armen Volke und dem Mittelstande an, während den oberen Klassen erstens: 185 953 Personen angehören, von denen die zugehörigen Steuerzahler mehr als 6000—9500 Mark Einkommen versteuern; zweitens: 139 820 Menschen, unter denen die Steuererträge mehr als 9500 bis 30 500 Mark Einkommen haben.

Von diesen beiden Steuergruppen bildet dem Prozentsatz nach die erste 0,60, die zweite 0,45, beide zusammen 1,05 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Die ihrem Einkommensbetrage nach Gehörenden und Herrschenden bilden aber erstens die 25 866 Leute, von denen die zugehörigen Steuerzahler auf mehr als 30 500 bis 100 000 Mark Jahreseinkommen geschätzt sind und die 4233 Menschen, von denen die Steuernden mehr als 100 000 Mark Einkommen jährlich zu versteuern haben.

Die erste der letztgenannten Einkommensgruppen umfaßt 0,08 vom Hundert des gesamten Volkes und die letzte der höchstbesteuerten Gruppen wenig mehr als 0,01, das heißt 1 Hundertstel Prozent der Gesamtbevölkerung. Die eigentlich herrschenden Klassen also bilden zusammen noch nicht 1/10 Prozent oder ein Tausendstel des preussischen Volkes.

Am geringsten war die Zahl der einkommensteuerpflichtigen Volksangehörigen, das heißt also der Leute, die mehr als die zum einigermaßen leidlichen Auskommen vollständig ungenügende Jahreseinnahme von 900 Mark hatten, in den westpreussischen Regierungsbezirken Danzig und Marienwerder, ferner in den ostpreussischen Königsberg und Gumbinnen, sowie in den Regierungsbezirken Posen und im schlesischen Regierungsbezirk Breslau, wo sie nirgends auch nur ein Fünftel der Gesamtbevölkerung bilden.

In den sieben östlichen Provinzen Preußens überwiegen nur die Bezirke Magdeburg und Potsdam den Satz von 30 Prozent der Gesamtbevölkerung mit der Zahl ihrer Einkommensteuerpflichtigen, während im Westen der preussischen Monarchie nur wenige Bezirke hinter dem Satz von 30 Prozent zurückbleiben; am meisten der Bezirk Osnabrück mit 24,54. Am höchsten steht der Regierungsbezirk Arnberg mit 49 Prozent Einkommensteuerzahlern.

Die oberste Schicht der herrschenden Gesellschaft weist unter ihren 4233 Köpfen 1591 Steuerzahler mit mehr als 100 000 Mark Jahreseinkommen auf. Davon befinden sich nur 7 in Westpreußen, nur je 14 in Ostpreußen und Posen, 22 in Pomern, 26 in Schleswig-Holstein, 44 in Hannover, 81 in Westfalen, 94 in Brandenburg, 128 in der Provinz Sachsen, 150 in der Provinz Schlesien, 170 in Hessen-Nassau, 386 im Rheinland und 436 im Stadtkreis Berlin.

Die sehr großen Einkommen sind, nach dem Steuerwohnsitz der betreffenden Leute, in den Städten zu Hause. Die rheinischen Städte z. B. haben 329 Steuerzahler mit mehr als 100 000 Mark Einkommen, während auf dem platten Lande der Rheinprovinz nur 57 solcher Mitglieder der höchsten Steuergruppe zu finden sind und auf dem platten Lande des ganzen preussischen Staates nur 307

Hunderttausend Mark-Männer wohnen. Von diesen 307 aber kommt fast die Hälfte auf Rheinland und Schlesien zusammengenommen; in letztgenannter Provinz wohnen 87 Steuerpflichtige mit mehr als 100 000 Mk. Einkommen auf dem Lande. Es sind dies die schlesischen Latifundienbesitzer, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch mächtigsten und zugleich volksfeindlichsten Leute in Preußen und in ganz Deutschland.

In Schlesien wohnen in den Städten noch 63 Angehörige der höchsten Steuergruppe; es sind das die Großkapitalisten Breslaus, die mit den Latifundienbesitzern im Verein sich als die Hauptverächter der landwirtschaftlichen Mittelbetriebe bewähren.

Unter den Großkapitalisten Breslaus ragt als bedeutendster der Besitzer der Schlesischen Zeitung Herr v. Korn mit seinen 84 Millionen Mark Vermögen hervor, der merkwürdigerweise noch nicht 2 Millionen Mark Jahreseinkommen versteuert, wahrscheinlich deswegen, weil ein Teil seines Riesenvermögens in Grund und Boden angelegt ist, der erst in Zukunft vielmillionenfache Frucht tragen soll. Dies sind sehr beachtenswerte Zahlen; sie sind den sozialpolitischen Schönfärbern entgegen zu halten, welche so gern von dem zunehmenden Wohlstand des deutschen resp. preussischen Volkes erzählen. Die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise treten hier offenkundig zu Tage — der Reichtum in immer weniger Händen läßt eine Kiesenarmee anwachsen, deren Glieder nicht das erwerben, was zum einigermaßen leidlichen Unterhalt unbedingt notwendig ist.

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Für Siebnecht, der am 29. März seinen 70. Geburtstag feiert, soll in der Schweiz gesammelt werden. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß Siebnecht, sobald er von dieser Sammlung hört, sofort deren Einstellung anordnen und die freiwilligen Spender ersuchen wird, das Geld irgend welchen durch Streiks in Not geratenen Arbeitern zugehen zu lassen.

Der Redakteur der sozialdemokratischen Mecklenburgischen Volkszeitung, E. Groth, wurde wegen Kaiserbeleidigung, begangen in einem Leitartikel über das Telegramm des Kaisers nach der Ermordung des Fabrikanten Schwarz-Mühlhausen zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. — Gegen den Redakteur des Vorwärts Josef Dierl wurde am Sonnabend zum zweitenmal vor dem Landgericht I in Berlin wegen Kaiserbeleidigung verhandelt. Das früher auf 6 Monate lautende Erkenntnis, das unter dem Vorsitz des verstorbenen Landgerichtsdirektors Brausewetter gefällt war, ist vom Reichsgericht aufgehoben worden. Der Angeklagte wurde in dieser Verhandlung unter Anrechnung einer einmonatigen Untersuchungshaft zu 5 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung über den Betrieb von Bädereien und Konditoreien vom 4. März 1896, deren wesentlichste Bestimmungen sind, daß die Arbeit die Dauer von 12 Stunden nicht überschreiten darf. Zwischen zwei Arbeitsschichten muß den Gehilfen eine ununterbrochene mindestens achtstündige Ruhe gewährt werden. Die Zulässigkeit der Dauer der Arbeitsschicht bei Behrungen im ersten Lehrjahre muß zwei Stunden weniger, im zweiten Lehrjahre eine weniger als bei den Gehilfen sein. Die untere Verwaltungsbehörde darf die Ueberarbeit für höchstens 20 Tage des Jahres gestatten. Die Bestimmungen, auf die wir zurückkommen, treten am 1. Juli 1896 in Kraft.

Die Entrechtung der übergroßen Mehrheit des sächsischen Volkes ist beschloffen; die zweite Kammer hat den Entwurf, die Wahlen für diese Kammer betreffend, mit übergroßer Mehrheit angenommen. Die erste Kammer und Regierung werden die Zustimmung nicht versagen. In größter Eile soll der Gesekentwurf unter Dach und Fach gebracht werden — damit die Unruhe im Lande nicht noch mehr steige. Aber die Wahlrechtler täuschen sich. Mit doppeltem Eifer werden die Arbeiter, kleinen Bauern, Handwerker und Beamte, die in die dritte Klasse geworfen werden, aber auf eine Vertretung im Parlament verzichten müssen, gegen die Entrechtung demonstrieren. Wie ein konservativer Abgeordneter ausrief, hat das Wahlrecht nur zum Mittel gedient, die Gemüter zu vergiften, und der Hinweis darauf, daß die Stimmenzahlen stets wachsen, läßt den Arbeiter glauben, daß er einst auf friedliche Weise der Staatsmacht sich bemächtigen und ein Paradies schaffen könne. Dieser Wahn muß zerstört werden, und dieses Wahlrecht ist das beste Mittel dazu. Der gangbare Weg, auf dem Boden des Bestehenden die Macht zu erringen, muß verlegt werden. Unversöhnlich kündigte derselbe konservative Abgeordnete an, daß auch das Reichstagswahlrecht geändert werde, sobald die Opposition zu übermächtig werde. Diese

Eventualität ist von uns seit langem vorausgesagt worden. Das Volk hat also die Staatsrechtler im Auge zu behalten und zu wachen, daß es nicht überrumpelt werde — nach Sachsen: Deutschland.

Warum die Reaktion die Sozialdemokraten aus der sächsischen Kammer los sein will.

hat der Abg. Mehnert, einer der Haupttreiber unter den Wahlrechtsattentätern, im konservativen Verein in Dresden ausgeplaudert. Die Dresdener Nachrichten schreiben dazu: „Er stellte insbesondere nochmals ausdrücklich fest, daß nicht die Anzahl der sozialdemokratischen Abgeordneten, sondern die Art und Weise ihres Auftretens die Gefahr bilde, die der Entwurf bekämpfen wolle. Die tendenziöse Agitation, die von den Sozialdemokraten in der Zweiten Kammer unausgesetzt betrieben werde, verhindere unter den jetzigen Verhältnissen jede offene Aussprache von seiten der Ordnungsparteien über berechnigte Beschwerden, weil man stets fürchten müsse, dadurch den Sozialdemokraten neues Wasser auf die Mühle zu liefern.“

Ein vernichtendes Urteil über die obwaltenden Verhältnisse kann nicht gefällt werden.

Ein von dem Gelbe der Steuerzahler unterhaltener Beamter in Leipzig-Volkmarisdorf hat sich in einer Zuschrift an ein bürgerliches Blatt in Leipzig für die Entrechtung der Sozialdemokraten ausgesprochen. Aus der Zuschrift nehmen wir folgende freche Bemerkung heraus: „Wir, die wir in stetem Kampfe mit Sozialdemokraten bei hunderterlei Gelegenheiten tagtäglich uns befinden, können der Regierung nicht dankbar genug sein, daß dem wachsenden sozialdemokratischen Terrorismus, dem Uebermut dieser frechen Bande endlich einmal ein Paroli geboten wird.“ Dabei sollte dieser Schmierfink berücksichtigen, daß durch das neue Wahlgesetz alle kleinen und mittleren Beamten genau so entrechtet werden, wie die Arbeiter und Handwerker.

Der Ausschank geistiger Getränke. Einen neuen schweren Schlag gegen das Gastwirts-gewerbe führen konservative und Centrum im Schilde. Sie haben zur Gewerbeordnungs-Novelle den Antrag eingebracht, die Polizeiverwaltungen zu ermächtigen, den Ausschank geistiger Getränke und den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus — morgens vor 8 Uhr, sowie an Sonn- und Festtagen während des vormittägigen Hauptgottesdienstes zu verbieten, auch vorzuschreiben, daß die Räumlichkeiten, welche dem bezeichneten Gewerbebetriebe dienen, so lange geschlossen zu halten sind.“ Fehlt nur noch das Verbot des Ausschankens und Trinkens geistiger Getränke, dann ist dem deutschen Volke sicherlich geholfen.

Der Aufsichtsrat der Jutespinnerei und Weberei in Bremen beschloß die Erweiterung der Fabrik um 6000 Spindeln und 300 Webstühle. Diese Erweiterung wird auf so und so viel kleinere Betriebe nachteilig einwirken. Der Kapitalismus zeigt sich hier wieder als eigener Totengräber.

Wolff Stöcker ist Ehrenmitglied des Vereins deutscher Studenten in Greifswald geworden. Stöcker hat die Ehrenmitgliedschaft angenommen. Warum auch nicht.

Die Bevölkerung Preußens ist nach dem in einer Sondernummer der Statistischen Correspondenz veröffentlichten vorläufigen Ergebnis der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 auf 31 847 899 Personen gestiegen und hat seit dem 1. Dezember 1890 um 1 890 532 Personen, d. h. um 6,31 auf Hundert der Bevölkerung vom Jahre 1890 oder durchschnittlich jährlich um 1,23 auf Hundert zugenommen.

Italien.

Ein Ausruf für den Gewaltmensch Crispi.

So ist er denn gefallen, der gewaltige, zählebige Diktator. Die Ministerherrlichkeit Crispi's hat diesmal etwas über zwei Jahre gedauert. Am 15. Dezember 1893 trat er die Nachfolge Giolitti's an. Es war eine böse Erbschaft. Das italienische Panama war ausgebrochen und bald schlugen dessen schmutzige Fluten auch über Crispi zusammen. Aber er trotzte mit eiserner Stirn dem drohenden Verderben und wußte sich oben zu halten; durch welche Mittel, weiß man heute noch nicht ganz genau. Dann brach in Sizilien, Unteritalien, in Toscana und in der Romagna der Aufstand aus. Das elende, hungernbe und frierende Volk griff zu den Waffen, um sein Voos zu verbessern. Crispi bekämpfte den Aufstand mit Pulver und Blei, mit Belagerungszustand, Gefängnis und Zwangsaufenthalt. Diesen eisernen Mitteln gelang es, die Ruhe einigermaßen wieder herzustellen. Die Reformen, mit denen Crispi dem Land wirklich abzuhelfen versprach, liegen heute noch in den Wappern der Regierung und der

Kammer. Dann begann er das Defizit zu decken. Er that es, indem er die Steuerfahnen noch unbarmerzig an- zog, als sie bisher schon thätig war. Zweitmal griff er zum Mittel der Steuererhöhung, aber noch immer ist das Defizit nicht gedeckt. Dagegen mehren sich die Zeichen, daß der wachsende Steuerdruck das wirtschaftliche Leben der Nation selbst ersticht. Als die noch unter Giolitti ge- wählte Kammer Miene machte, gegen Crispi die Moral- frage aufzuwerfen, wurde sie zunächst von Crispi in ver- fassungswidriger Weise vertagt und später aufgelöst. Crispi, vom König gestützt, übte faktisch eine Diktatur aus. Die Neuwahlen am 26. Mai 1895 ergaben für Crispi eine große Majorität; die neue Kammer zählte 350 Mitglieder, 100 Mitglieder der konstitutionellen Opposition (Rechte), 40 Radikale und etwa ein Duzend Sozialisten. Diese große Majorität von rund 200 Stimmen ist von Crispi immer weiter herunterregiert worden; vor acht Tagen rechnete man ihm noch 70 Stimmen heraus und heute sind auch diese verschwunden. Herr Crispi hat es ver- mieden, in dieser entscheidenden Stunde seine Anhänger noch einmal zählen zu wollen. Den Todesstoß erhielt Crispi von seiner Kolonialpolitik. Sofort bei seinem Amtsantritt machte er kein Hehl daraus, daß er Uebelthun erobern wolle. Am 22. Dezember 1893 wurden die Derwische bei Agordat geschlagen, worauf die Italiener immer weiter nach Westen drangen; am 17. Juli 1894 besetzten sie Kassala. Dann ging es gegen die abessinischen Nag; Batha Ngas wurde am 21. Dezember 1894 bei Saganetti, Wangascha am 13. und 14. Januar 1895 bei Senasa und Coati geschlagen. Am 25. März 1895 wurde Abigrat besetzt und dann wurde immer weiter nach Süden gedrungen. Im Dezember wandte sich das Blatt. Menelik, der den erschlichenen Protektoratsvertrag von Ucciali zertrissen hatte, rückte mit Uebermacht heran, schlug die Italiener und drängte sie immer weiter zurück, bis die Katastrophe von Abaccarima erfolgte. Was der Crispi'schen Kolonialpolitik zu Grunde lag, ist immer noch nicht ganz aufgeklärt. Er selbst hat wiederholt erklärt, er habe die Kolonialpolitik nicht angefangen, er würde sie auch nicht angefangen haben und er setze nur das An- gefangene fort, aber gerade er hat von allen Minister- präsidenten seit 1885 die vermegenste Kolonialpolitik ge- trieben. Sie muß ihm doch mehr am Herzen gelegen haben, als er zugeben wollte. Selten freilich ist ein Unternehmen so leistungsfähig begonnen und so frevelhaft fortgesetzt worden, wie das italienisch-afrikanische. Als die Engländer 1868 ihren Zug nach Magdala ausführten, hatten sie ihn aus sorgfältigste vorbereitet, und genau an dem Tage, den der Oberbefehlshaber Sir Robert Napier längst voraus bestimmt hatte, zog er als Sieger in Magdala ein. Als er sein Ziel, die Befreiung der Gefangenen und die Bückigung des Königs Theodor, erreicht hatte, zog er wieder ab und überließ Abessinien seinem Schicksale. Der Spieß kostete die Engländer 150 Millionen, aber sie konnten sich den- selben leisten, denn sie haben das Geld dazu. Die Italiener haben es nicht, und wenn sie Geld haben, so brauchen sie es viel nötiger für ihr eigenes Land, das aus tausend Wunden blutet, als daß sie es in unfruchtigen Abenteuer verstreuen sollten. (Frankf. Ztg.)

Frankreich.

Ausgewiesen wurde aus Frankreich der in London lebende Anarchist Fürst Krapotkin, der Vorträge in Paris angekündigt hatte. Er wurde bei der Landung in Dieppe verhaftet und für ausgewiesen erklärt. Die Gendarmen brachten ihn auf das nächste Schiff, das nach England zurückfuhr. Krapotkin ist ein idealistischer Schwärmer von hohem Charakter, der für seine verkehrte Auffassung mit Begeisterung wirkt. Wozu diese Polizeischikanen?

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Italien.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat an die **Streikenden in Rom** eine zweite Rate im Betrage von 3000 Mark abgehen lassen. Weitere Sendungen werden folgen. So hat der Centralvorstand des Ver- bandes der Deutschen Buchdrucker, welche Organi- sation bekanntlich selbst vor einer Bewegung großen Um- fanges steht, den Streikenden in Rom 1000 Mark be- willigt; weiter hat der Holzarbeiterverband, Filiale Berlin, trotz seines eigenen Lohnkampfes, für den gleichen Zweck 500 Mk. Unterstützung beschlossen. Hoch die Solidarität! - Heudet ist der Streik der im **Quitt-Stanzenden** in Berlin thätigen Arbeiter unter folgenden Bedingungen: Entziehung der neunstündigen Arbeitsdauer mit dem Lohn der bisherigen zehnstündigen Arbeitszeit vier Wochen nach Beendigung des Streites und Wiederinstellung sämtlicher Ausständigen. - In Jütich protesten die **Holzarbeiter**, da die Holzindustriellen beschlossen haben, auf die Zu- schrift der Kommission keine Antwort zu ertheilen. -

Zur Konfektionsarbeiterbewegung.

Der Streik der **Konfektionsarbeiterinnen** in Dresden geht zu Ende. Der dem Gewerkschaftsrat als Ausgangspunkt ist zwischen den Fabrikanten der Konfektions- firma Dutzig u. Sohn, E. Goldmann und Franz Cohn ertheilt und den streikenden Konfektionsarbeiterinnen andererseits unter Mitwirkung der beteiligten Zwischen- weiler und -Mittlerinnen folgendes Abkommen zur gültigen Beilegung der streikenden Streitigkeiten geschlossen worden: Die Konfektionsarbeiterinnen Goldmann und Cohn be- willigen für alle vor dem Streik an die Zwischenweiler gezahlte Löhne einen Zuschlag, und zwar auf die bisher gezahlte Höhe bis zu 1 7/10 Mk. 33 1/2 Prozent, von 1 Mk. bis zu 1 Mk. 25 Prozent, von 1 10 bis zu 8 Mk. 20 Prozent, über 8 Mk. 15 Prozent, und für diejenigen eine besonderen Zuschlag von 25 Prozent. Die Kon- fektionsarbeiterinnen Goldmann und Cohn verpflichten sich, nur Zwischenweiler in Zukunft zu beschäftigen, die bei Cohn bis zu 3 Mk. 50 Pfg. 60 Prozent und bei Dutzig über 3 Mk. 50 Pfg. 50 Prozent ihren Arbeiterinnen als Lohn gezahlt, überdies aber sämtliche Zuschläge den Arbeiter- innen leisten. Ferner verpflichten sich die Kon-

fektionsäre für Westsachen, in Zukunft dieselben Löhne zu zahlen wie für die übrigen Sachen. Der Lohn wird wöchentlich ausgezahlt; bei der Ablieferung der Sachen sind die Arbeiterinnen nicht verpflichtet, zu warten. Aus- drücklich wurde hervorgehoben, daß Maßregelungen aus Anlaß des Streiks nicht stattfinden dürfen. Diese Ver- einbarungen werden den Streikenden unterbreitet, die darüber zu befinden haben. -

Erger-Chronik.

Magdeburg, 9. März 1896.

Ueber die **Prostitution** und die bürgerliche Frauenrechtleri wird morgen Abend im Luisenpark die Genossin Klara Zeitin sprechen. Die Ursachen der Prostit- ution sind wirtschaftlicher Natur. Durch die gegenwärtige Produktionsweise ist sie bedingt. Seit der Kapitalismus die Frau aus der Familie herausgerissen, sie zur Lohnarbeit gezwungen hat, aber sie so schlecht lohnt, daß es ihr nicht möglich ist, davon ein nur halbwegs menschenwürdiges Leben zu führen, werden viele gezwungen, auf dem Wege des Lasters sich einen Nebenverdienst zu suchen. Einige Kapitalisten sind so frivol, ihre weiblichen Arbeiterinnen direkt auf diesen Weg zu weisen, sie auch häufig erst durch die Hungerpeitsche zu zwingen, ihnen selbst zu Willen zu sein. Eine andere Ursache der Prostitution ist darin zu finden, daß es heute vielen Männern, hauptsächlich aus dem Mittelstande, nicht möglich sei, bei Eintritt der Geschlechtsreife eine Ehe zu schließen. Bürgerliche Frauen- rechtlerinnen haben die Bekämpfung der Prostitution über- nommen. Sie haben aber nach bekannter Manier das Pferd beim Schwanz aufgezaumt; sie haben eben in echt höfischem Deutsch eine Resolution an den Kaiser gesandt und darin aufgefordert, die Prostitution kurzer Hand zu verbieten. Die Stellung der Proletarier zu dieser Frauenrechtleri wird unsere reberisch gewandte Genossin klarlegen. Es ist deshalb Pflicht der Frauen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. -

Das Bureau des Reichstags hat dem Vorsitzenden der letzten Volksversammlung, Genossen Lantau, mitgeteilt, daß der Reichs- tags-Präsident die Verteilung der in obiger Versammlung beschlossenen Resolution betreffend den Gesetzesentwurf über den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Erzeugnisse, an die Mitglieder des Bundesrats und Reichstags genehmigt hat. -

Die **Sachsen-Anhauer** behauptet, daß der sozialistische „Muster- bauer“ Pögel aus „Dresden“, der bei der Erhebung der Reichs- kommission für Arbeiterkassen als Auskunftsperson dienste und für den Regieralereibeiung eintrat, mit Hinterlassung großer Schulden ver- zehnwunder ist. Aus eigener Initiative fügt die Sachsen-Anhauer hinzu: Er hat besonders „Genossen“ hineingelegt. - Wir haben bereits in einer früheren Nummer dieses Blattes gerügt gebrandmarkt. Sollte die Sachsen-Anhauer bis zur nächsten Nummer ihre Behauptung nicht zurück- nehmen, wird unser Genosse Pögel von dem verleumderischen Gehäßen der Sachsen-Anhauer in Kenntnis gesetzt. -

Die **Antisemiten rebellieren**. In der letzten Sitzung des demokratischen Reformvereins wurde verschiedenen Seiten arg der Kopf geschlagen. Die Angriffe der Volkstimme haben hierzu Veranlassung gegeben. Die dummdenke Art der von antisemitischer Seite geübten Kritik wurde schon mißbilligt; die Antisemiten haben bewirkt, daß die Schriftleitung der Volkstimme jetzt auffallend ruhig geworden ist. Die heftige Debatte wird von der Sachsen-Anhauer wie folgt fixiert: Bei dem Knack „Reichstags“ entspann sich eine erregte Debatte, deren Einzelheiten wir ihres individuellen Charakters halber hier nicht wiedergeben wollen. Die Beratungen nahmen einen äußerst anregenden Verlauf, da von dem Recht der „freien Meinungsäußerung“ von allen Anwesenden ziemlich ausgiebig Gebrauch gemacht wurde. -

Gründlich reingefallen

ist wieder einmal die Sachsen-Anhauer. Aus technischen Gründen kann das Blatt seinen Lesern den Reichstags- bericht nicht unterbreiten. An Stelle dessen bietet das Blatt eine kurze Darstellung der Vorgänge im Parla- mente. So weiß das Blatt von „Kunstreifen“ des Abg. Richter zu erzählen. Herr Siebermann von Sonnenberg will aber Gelegenheit genommen haben, Richters „un- würdiges Spiel vom Mittwoch mit treffenden Worten zu bezeichnen“. Nach dem Parlamentsbericht hatte der Anti- semitenführer festgestellt, daß sich fünfzig Mitglieder der Linken und der Sozialdemokratie aus dem Saale entfernt hätten, um die Beschlußfähigkeit herbeizuführen.“ Daraufhin sagte Abg. Richter (die Sachsen-Anhauer ver- zehnwundert Richters Äußerung): „Wenn hier einmal festgestellt werden soll, so möchte ich feststellen, daß an jenem Mittwoch auf der Rechten eine ganze Anzahl Herren vorhanden waren, die den sachlichen Verhandlungen gar keine Aufmerksamkeit schenken, sondern sich fort- gesetzt in der Restauration aufhielten und nur hereingekommen sind, um die notwendige Vertagung einer wichtigen Debatte zu verhindern.“ Doch weiter: Die Sachsen-Anhauer hat die Abgeordneten fest- gelegt, die beim Namensaufruf nicht geantwortet haben. Der uns jetzt vorliegende stenographische Bericht ergibt aber, daß eine Anzahl der in der Sachsen-Anhauer aufgeföhnten Abgeordneten bei ihrem Namensaufruf geant- wortet haben. Aber der Knackeffekt ist folgender: Die Sachsen-Anhauer verzehnwundert die Namen ihrer eigenen Ge- meinnützigen Genossen, die trotzliche Sitzung schwänzten. Es fehlten bei jenem Namensaufruf von den Antisemiten die Abgg. **Bindewald, Gräfe** (unentschuldig), **Grischel** (unentschuldig), **Jöhrant** (unent- schuldig), **Rohler** (unentschuldig) und außer- dem **Wahlstadt** (in Amerika), **Södel** (unentschuldig). Andere Antisemiten hatten sich während der ganzen Sitzung in der Restauration aufgehalten und waren erst erschienen, um den Antrag auf Vertagung niederzustimmen. So liegen die Dinge! Vielleicht sind „eheliche Antisemiten“ so lebenswichtig und stellen in der nächsten Sitzung des demokratischen Reformvereins die Schriftleitung ob ihrer unangenehmbarbaren und völlig entstellten Berichterstattung zur Rede. -

Der **Hilfsverein des christlichen Arbeitervereins** hat es unternommen, daß in einer der letzten Sitzungen Sozialdemokraten amgen waren, auch die Volkstimme über den Reichstag Bericht ertheilt hat. Knackeffekt dieses Berichtes war nach dem Mitglieder ein- gebracht werden. Die Herren wählten jedoch nicht zu bleiben. Des Begründung sollen sie haben. Es wird beschließen, dem Reichstag Bericht zu lesen. Soll es nicht sein. In dem Bericht sollen wir sein. -

Am 2. d. d. **Katholischen Magdeburger** sind über das Schreiben des Bischofs von Magdeburg erschienen. In einem jüngsten Hefte wird aus- gesprochen: Das der Herr Bischof aber nur für einen ausgeprägten Gegner seiner eigenen Kirche angesehen und z. B. „ausgesprochener Feind“ genannt. -

gaben der Gegenwart enthält“, das kann nur mit tiefstem Bedauern erfüllt. Evangelische und Katholiken leben hier in Magdeburg friedlich zusammen - wir wollen uns um konfessionelle und dogmatische Unter- schiede nicht aufreiben, und wenn es sich um „evangelische Aufgaben der Gegenwart handelt, so rufe ich dem Herrn Bischof das Beständigste Wort im „Matthäus“ zu: „Bischof! Es eifere jeder seiner unbedingten von Borstellen freien Liebe nach!“ - Auch sonst herrscht in katholischen Kreisen Mißstimmung, daß der Vortrag nicht zur Diskussion gestellt wurde. Die Arrangure dieser Versammlung haben sonach Del in da- Feder getroffen. Uns kann dieser Kirchenkritik nur willkommen sein. -

Der **Kladderadatsch** beschäftigt sich gleichfalls mit dem er- trunkenen Rehwild aus dem Jagdrevier des Herrn Minister v. Dieck in Barb. Fremde guten Humors sind auf das Blatt aufmerksam gemacht. -

Die **Mitteilung** hiesiger Blätter, daß demnach Direktor Renz-Berlin im hiesigen Circus einige Wochen Vorstellungen geben will, bestätigt sich nicht. -

Unfälle. In der städtischen Krankenanstalt fanden Aufnahme der Maschinist Ewald R., der sich bei der Arbeit auf einem Budauer Dampfsgewerk ein Fingerglied abgequetscht hatte, der Kellner W. L., der sich vor 14 Tagen beim Holzspalten in seiner Wohnung in die rechte Hand geschnitten hatte, wodurch eine Symphysearthrose am rechten Arm entstanden war, der bei Tischarbeiten beschäftigte Arbeiter Karl L., der sich vor 14 Tagen mit einem Stück Holz an das Schienbein gestoßen hatte, wodurch eine Schienbeinverletzung entstanden war, und das Dienstmädchen Franziska S., das sich beim Reifeleichenen den unteren Körper verbrannt hatte. -

Der **Schnee** fällt in der Nacht vom Sonntag zum Montag hat ungeheuren Schaden angerichtet. Die Telephon- und Telegraphen- leitung ist zu einem großen Teile zerstört. Die auf den Dächern an- gebrachten Gefelle sind umgeworfen, die Drähte zerissen. In einigen Straßen berührten dieselben die Erde und hinderten den Fahrverkehr. -

Die **Schiffahrt** auf der Elbe war an der Strombrücke infolge der bis auf das Wasser herabhängenden Telephondrähte bis heute mittag gesperrt. -

Zur **Thätigkeit der Feuerwehr**. Am Sonnabend abend gegen 6 Uhr war im Hause Schneebefreiung 108 durch eine Gas- flamme die Decke in Brand geraten, die Budauer Feuerwehr besetzte vermittelst der kleinen Handpumpen weitere Gefahr. - Am Montag morgen gegen 5 1/2 und 5 3/4 Uhr wurde die Feuerwehr von der Polizei telephonisch alarmiert, um die durch den Schneefall in der Büneburger Straße und der Strombrücke zerfallenen Telephondrähte, die Verkehrs- störungen zu verurursachen drohten, zu beseitigen. -

Die Anarchisten in Thätigkeit.

Nachdem es den Anarchisten trotz der schändlichsten Verleumdungen der Fünferkommission nicht gelungen ist, das Proletariat der Berliner Konfektions-Industrie ins Schlepptau zu bekommen, suchen Vandauer und Genossen dem qualenden Mangel an genügenden Truppen auf andere Weise abzuhelfen. „Die Gegner der Fünferkommission“, verkündet Dante Bog ernsthaft, „die für die Wiederaufnahme des Ausstandes in der Konfektions-Industrie thätig sind, haben am 3. März eine freie anarchistisch-sozialistische Vereinigung gegründet und beabsichtigen, durch sonntägliche Vorträge und Besprechungen, sowie durch Vorlesungen zweckentsprechender Erzeugnisse der Litteratur für ihre Ziele Anhänger zu werben.“ Auch in Magdeburg hatten die Anarchisten die Magdeburger Arbeiterschaft für die Wieder- aufnahme des Streiks in der Konfektions-Industrie inter- essieren wollen, sind aber damit kläglich abgefallen. Das Gebahren der Anarchisten ist selbst der Ethischen Kultur zuwider. In der neuesten Nummer dieser Zeitschrift für sozial-ethische Reformen lesen wir: Die Anarchisten werfen den sozialdemokratischen Führern beständig vor, daß sie die Instinkte der unaufgeklärten Massen zur Befriedigung ihrer Herrschaftsgelüste mißbrauchen. Giebt es aber in der That eine schändlichere Ausbeutung der sozialen und wirtschaftlichen Urteilslosigkeit schlechtorganisierter Arbeiter- massen, als sie in den Hegerereien des Herrn Vandauer zu Tage tritt? Die Sozialdemokratie trägt mit der er- zieherischen und aufklärenden Wirkung ihrer Organisationen trotz gelegentlicher Härten der Disziplin unendlich viel mehr zur Entwicklung des Individuums im Arbeiter bei als die ebenso hochmütige wie verworrene Agitation des „Individualismus“, welche zur Zeit von den deutschen Anarchisten betrieben wird. Bürgerlichen Kreisen mag die Thätigkeit der Sozialdemokratie in der Bewegung der Konfektionsarbeiter beweisen, daß die Vertreter dieser Partei den Namen „Ordnungsparteiler“ in ungleich höherem Maße verdienen, als die frevelhaften Gesellen, die jetzt allerorten bemüht sind, der Arbeiterschaft die gesetzliche Wege ihrer Emporentwicklung zu verlegen. Ohne die Arbeit der sozialdemokratischen und ge- werkschaftlichen Agitatoren wäre die un- erträgliche Not der Konfektionsarbeiter nur in einem gewaltigen Verzweiflungsausbruche ans Licht getreten. -

Egeln. (Abgefallen.) Eier tagte jüngst eine antisemitische Volks- versammlung. Arrangiert war dieselbe von den Magdeburger An- semiten. Referent war Herr Kreuz. Er wollte die Rolle des Reichs- landes schüden und den Weg zur Rettung zeigen. Ein Thema, das von dem Referenten schon zu Tagend Malen gehalten wurde. Das macht nichts. Die Versammlung war zu 2/3 von Sozialdemo- kraten besetzt, deren Nachspruch sich die Antisemiten zu fügen haue. Herr v. Schnp mußte die Sitzung der Versammlung aus unersetz- lichen Gründen abbrechen, der die Versammlung mit Unmuth und Selbst- leiste. Die bekannten Tiraden der Antisemiten wurden von den Referenten zu Gehör gebracht, der schließlich in nicht mißzubedeutender Weise seinem Herzen über die Juden und Judenrechte Luft machte. Es widerstrebt uns, die niedrige Stimmung der Antisemiten hier näher zu kritisieren, nur das eine sei gesagt: mit seinen maßlosen, zum Teil wundenhellen Ausfällen gegen Andersdenkende, hat der Referent hier ein viel Ethie eingelegt. Unser Genosse Selack kennzeichnete auch in un- lichen Worten des wide- spruchsvollen Gebahren der Antisemiten, das Kampfesweise und ergebliche Bolschewickheit. Ob Herr Kreuz in unserem Genossen gelebt hat, wie eine Partei zu agitieren hat, wo sie sich die Achtung und Sympathie weiterer Volksteile erwerben sollte, bezweifeln wir. -

Wangelwände. (Beschimpfung sozialdemokratischer Arbeiter.) Eier tagte jüngst eine Antisemitenversammlung. Arrangiert war diese von Magdeburger Antisemiten. Mehr als 200 Sozialdemokraten waren anwesend, wodurch die etwa 50 Antisemiten arg in die Klamme kam. Herr Kreuz hielt einen seiner bekannten Vorträge, und reigte die oberste schouderige Bekleidungen der Sozialdemokraten, welche sich Genossen jüngere Ebenel zum Spracher erboten hatten. Weil unser Kasse dem antisemitischen Redner gehörig auf das Fell gesiegen war, die Sachsen-Anhauer jedoch böse geworden. Sie schreibe: „Hinge sei mit der „Reife 16-17jähriger Knaben“ angesehen gekommen. Die Sach- anhauer beschimpft die Gegner und macht sich das freigelegte Wort von gelassenen Jungen zu eigen. Wegen des zunehmenden Marmens „jüngeren unbewußten Jungen“ soll schließlich die Versammlung geschlossen sein. Ist dies eine würdige Kampfesweise? Entschieden nicht. So behandelt man nicht den politischen Gegner. Was würde die Antisemiten sagen, wenn wir die gleichen beschimpfenden Bemerkungen auf-

Jugendlichen Claquere ausdehnen wollten, die in dem sogenannten Jugendbund für Volksversammlungen ausgerichtet werden.

Die Konkurrenz der Strafanstalten.

Wie nachteilig die Konkurrenz der Strafanstaltsarbeiter wirkt, beweist folgender, von der Frankfurter Zeitung bekannt gegebener Vorfall. Die Garnisonverwaltung in Spandau hatte die Lieferung einer Anzahl Tische ausgeschrieben. Außer verschiedenen Tischlermeister und Holzbearbeitungsfabriken reichte auch die — Direktion des Zuchthauses in Mendelsburg eine Offerte ein, und zwar die weitaus billigste. Sie forderte für einen Tisch 10 Mark 60 Pfg., während der nächste Mindestfordernde, ein Spandauer Tischlermeister 19 Mark 80 Pfg. verlangte; er hatte die Arbeit auf das Neueste berechnet und würde nur einen geringen Gewinn haben. Der Zuschlag ist noch nicht erteilt, man glaubt aber, daß wegen des ungemein billigen Preises die Lieferung dem Zuchthause übertragen werden wird.

Aischaffenburg. (Der ungetreue Pfarrer.) Der Pfarrer Fröh von Aischaffenburg, früher in Alzenau, wurde wegen Unterschlagung von Kirchenbangeln in 17 Fällen, wegen Betrugs und Diebstahls von der Strafkammer zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Freiburg. (Geheime Verbindung.) Hier wurden die Anarchisten Engel und Bagner verhaftet. Sie sollen — wie schrecklich — einer geheimen Verbindung angehört.

Friedrichshagen. (Anonyme Anzeigen.) Wegen den Unstuf der anonymen Anzeigen wendet sich folgende lobenswerte Bekanntmachung des Amtsvorsetzers Klus in Friedrichshagen: „Andauernd gehen bei mir anonyme Zuschriften und Beschwerden ein. Ich erkläre hiermit, daß ich solche grundsätzlich dem Papierkorb überweise. Wer nicht den Mut besitzt, seine Schreiben mit seinem Namen zu versehen, und auch nicht das Vertrauen zu mir hat, daß ich helfe, wo ich kann, dem räume ich auch nicht das Recht ein, Abhilfe von mir zu erwarten.“

Ein Volksschullehrer wegen Sittlichkeitsverbrechens bestraft.

Der Volksschullehrer Stedingk aus Herchen, wurde von der Strafkammer in Bonn wegen Sittlichkeitsverbrechen im Sinne der §§ 174, 1 und 176, 3 zu zehn Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die gleiche Dauer verurteilt.

Rigsdorf. (Verhaftet.) Wegen Verbrechens wider Leibesbesitz, begangen an einem sechszehnjährigen Mädchen, ist in Rigsdorf eine Rentnerfrau verhaftet worden.

Velten. (200 Kinder erkrankt.) An einer epidemischen Augenkrankheit sind in Velten an 200 Kinder, besonders Mädchen erkrankt.

Militärische Nachrichten.

Wegen Soldaten - Mißhandlung sind vor einigen Monaten zwei Unteroffiziere der ersten Kompanie des Oldenburger Infanterieregiments in Untersuchung gezogen worden. Die Mißhandlung soll auf einer Mannschafsstube geschehen sein. Die Mißhandelten waren Rekruten. Die beiden Unteroffiziere wurden zu 1 bezw. 1 1/2 Jahren Festungshaft verurteilt.

Der Hauptmann Fischer begnadigt.

Hauptmann Fischer, der vor einiger Zeit in Diedenhausen den Lieutenant Kühne im Duell erschoss und dafür zu 2 Jahren Festungshaft verurteilt wurde, ist der Württembergischen Landeszeitung zufolge nach Verbüßung von 11 Wochen der Strafe vom Kaiser begnadigt worden und zu seinem Regiment zurückgeführt.

Soldatenmißhandlungen in der russischen Armee verbietet jetzt ein Tages-Befehl des Kommandeurs des Moskauer Militärbezirks, General Kostanda. Der General fordert die Offiziere auf, die Mannschaften human und wohlwollend zu behandeln. Kostanda ist der erste russische General, welcher die Soldatenmißhandlungen in der Armee öffentlich rügt. Die reaktionären Blätter, wie der Gradschdanin und die Petersburgskaja Wjedomost, greifen denn auch den General heftig an und behaupten, derlei Befehle seien geeignet, die Disziplin in der Armee zu lockern.

Der Husarenkorporal Boroff begnadigt.

Begnadigt hat der Kaiser von Oesterreich den Husarenkorporal Boroff, dessen Hinrichtung anlässlich der Ermordung des Wachtmeisters Diosseghi in Przemysl statufinden sollte. Boroff erhielt nunmehr zwanzigjährige Festungshaft. Von den übrigen an der Ermordung beteiligten Husaren wurden 15 unter Anrechnung der bisherigen Untersuchungshaft in Freiheit gesetzt und zum Regiment zurückversetzt. Diosseghi war wegen furchtbarer Soldatenmißhandlungen ermordet worden.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 7. März 1896.

Der Kampf gegen die Konsum - Vereine, den Flaschenbier- und Drogenhandel wurde heute im Reichstage fortgesetzt, aber noch nicht zum Abschluß gebracht. Diejenigen Parteien, welche vorgeben, den Mittelstand vor dem unvermeidlichen Untergang retten zu wollen, haben Anträge zu der von der Regierung eingebrachten Gewerbeordnungsnovelle eingebracht, die selbst der Regierung zu weit gehen. Einmal soll den Konsumvereinen der Handel mit Spirituosen unterjagt werden; desgleichen der Kleinhandel mit Bier und der Handel mit solchen Drogen und chemischen Präparaten, welche zu Heilzwecken dienen. Die Krämer, Gastwirte und Apotheker wollen sich alle lästige Konkurrenz vom Halbe schaffen und haben seit Jahren laut um Abhilfe geschrien. Jetzt endlich soll ihr Wunsch in Erfüllung gehen und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Mehrheit des deutschen Reichstages den Anträgen zustimmt. Im Parlamentsbericht sind dieselben besonders hervorgehoben.

54. Sitzung vom 7. März, 1 Uhr.

Die zweite Beratung der Gewerbeordnungsnovelle wird bei Artikel 3 fortgesetzt, wonach § 33 der Gewerbeordnung der Gesetzgebung über den Betrieb der Fabrik- und Gewerbetätigkeit sowie über den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus auf Konsum- und andere Vereine, einschließend der bereits bestehenden, auch dann Anwendung finden, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist.

Ein Antrag Gröber (Str.), v. Holleuffer (Konf.), Dr. Hise (Str.) und Jacobstötter (Konf.) will diesen Zusatz für Konsumvereine obligatorisch machen. Für andere Vereine soll die fakultative Befugnis der Landesbehörden bestehen bleiben.

Abg. Wegner (Str.) tritt für den Antrag Gröber ein und verweist auf die Mitteilungen, die er am 10. Februar über den Breslauer Konsumverein gemacht hat. Am besten wäre es, wenn man den Schnapsverkauf den Konsumvereinen ganz verbiete.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp) führt aus, daß der Schnapsverkauf der Konsumvereine besonders in Elsaß-Lothringen geradezu zur Böhlerlei geführt hätte.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher erwidert, mit der Tendenz des Antrages Gröber sei er im großen und ganzen einverstanden, wünsche aber, daß die zur dritten Lesung eine bessere Fassung gefunden werde.

Abg. Reiffhaus (Soz.) spricht sich gegen die Vorlage und auch gegen den Antrag Gröber aus. Wenn die Entscheidung in der Hand der Behörden liege, würden die Bestimmungen des Gesetzes vor allem gegen Konsumvereine angewendet werden, deren Leiter sich in irgend einer Weise mißlieblich gemacht hätten, es brauchten ja nicht immer Sozialdemokraten zu sein. Wenn man die Vorlage Gesetz werden ließe, so handle man gerade so, als wenn man ein Kind totschlage, bloß damit es später nicht mal ein schlechter Mensch werde. Bei den Wahlen würde die Duldung über dieses Gesetz erteilt werden.

Abg. Dr. Schneider (Frp Sp.): Ich sehe nicht ein, warum das Haus der Regierung Befugnisse anfordern will, die sie gar nicht verlangt und zu denen kein Bedürfnis besteht. Durch die Annahme des Antrages Gröber würde ein vernichtender Kampf gegen die Konsumvereine geführt werden.

Abg. Dueb (Soz.) erhebt Protest gegen die Verengerung des Abg. Frhr. v. Stumm, daß gerade in Elsaß-Lothringen die Schnapskassinos so verberühlich gewirkt hätten. Freilich habe der Schnapskonsum nicht nur im Elsaß, sondern auch in anderen Gegenden zugenommen, aber das liege an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Man solle den Arbeitern ausreichende Löhne zahlen, damit sie sich besser nähren können, dann werden sie weniger Schnaps trinken.

Abg. Dr. Passche (nl.) erklärt, daß seine Partei vorbehaltlich der reaktionellen Milderung nach der Erklärung des Staatssekretärs für den Antrag Gröber stimmen werde.

Hiernächst schließt die Debatte.

Die Abstimmung über Artikel III wird noch ausgesetzt, bis über die den Kleinhandel mit Bier betreffende Bestimmung des Art. IV und die dazu gestellten Anträge entschieden ist.

Artikel 4 will die Bestimmung des § 35, wonach gewisse Gewerbebetriebe unterjagt werden, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbebetreibenden barthun, auf den Kleinhandel mit Bier sowie den Handel mit solchen Drogen und chemischen Präparaten, welche zu Heilzwecken dienen, ausdehnen.

Ein Antrag der Antisemiten will die Bestimmung bezüglich des Drogenhandels streichen.

Ein Antrag Gröber-Hise (Centrum), v. Holleuffer-Jacobstötter (Konf.) will noch den Handel mit Losen von Lotterien und Auspielungen einbezogen und den Drogenhandel, sofern die Handhabung des Gewerbebetriebs Leben und Gesundheit der Menschen gefährdet.

Die Abg. v. Holleuffer und Jacobstötter wollen bezüglich des Kleinhandels mit Bier den Zusatz einfügen, daß dieser Handel unterjagt werden kann, wenn der Gewerbebetreibende wiederholt wegen unbefugten Betriebes der Schankwirtschaft bestraft ist.

Abg. Dr. Schäbler (Str.) beantragt, daß auch derjenige, der Kleinhandel mit Bier betreiben will, der Erlaubnis bedarf. Nach der bisherigen Bestimmung ist dies nur für Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus erforderlich. Entsprechend kann nach dem Antrag Schäbler auch der Kleinhandel mit Bier von dem Nachweis des Bedürfnisses abhängig gemacht werden.

Hinzuft wird über den Drogenhandel debattiert.

Abg. Lenzen (Frp Sp.): Die Petitionen, welche auf diesen Artikel von Einfluß gewesen sind, sind vom schärfsten Eigensinn diktiert und kommen meist nur aus Interessentenkreisen, die sich eine Konkurrenz vom Halbe schaffen wollen. Es ist nicht richtig, wenn man sagt, daß in solchen Dingen die Interessenten allein sachverständig sind. Für Sachverständigkeit wird durch den Parzellirungsstand vollständig getrübt. Unparteiisch ist nur das Publikum selbst, und auf dieses soll man hauptsächlich Rücksicht nehmen. Die Witte möchten den Flaschenbierhandel einschranken, damit die Leute das Bierthaus aufsuchen. Eine Petition aus München verlangt ja auch einfach Verbot des Flaschenbierhandels.

Was nun den Drogenhandel anlangt, so wird bestimmt, daß wegen Unzuverlässigkeit des Inhabers ein Drogengeschäft geschlossen werden kann. Die Aufsicht wird einer mehr oder minder inbalternen Polizeibehörde überlassen. Sonst war eine derartige Beschränkung nur beim Kleinhandel, aber niemals beim Großhandel Brauch. Das ist nun so bedenklicher, als ein Polizeibeamter doch weiß gar nicht weiß, was unter Unzuverlässigkeit zu verstehen ist. Es soll ferner der Handel mit solchen Drogen und chemischen Präparaten verboten werden, die zu Heilzwecken dienen. Was heißt das? Es wird wohl kaum ein Präparat geben, das nicht auch zu Heilzwecken Verwendung finden kann. Wie soll nun der Drogist entscheiden, ob ein Präparat, das verschiedenen Zwecken dient, von dem Käufer wirklich zu Heilzwecken angewendet wird? Soll etwa der Käufer erst jedesmal gefragt werden, ob er sich mit dem Mittel kurieren will? Dazu kommt, daß eine Notwendigkeit zu so einschränkenden Bestimmungen gar nicht vorliegt. Es wird gesagt, daß sich hier in Berlin Uebelstände gezeigt haben; aber wir können doch nicht unsere Gesetze immer auf die Uebelstände der Stadt Berlin zuschneiden. Man sollte sich hüten, aus so nichtigen Gründen eine große Zahl von Gewerbebetreibenden unter Polizeiaufsicht zu stellen, sie zu unfreien Menschen zu machen und wirtschaftlich zu ruinieren. Es wird insolge von Denunziationen der konkurrierenden Apotheker sehr häufig vorkommen, daß Anklagen erhoben werden wegen Verkaufes ganz harmloser Präparate, wo nachher Freisprechung erfolgt. Wenn man nun als Grund anführt, daß die Drogisten nicht genügend wissenschaftliche Vorbildung haben und namentlich nicht lateinisch können, so beweisen doch die Erfolge der Drogistenschulen in Berlin und Braunschweig gerade das Gegenteil. Man kann auch nicht den Einwand erheben, daß die Revision zu schwer ist. Die Revision ist nach den jetzigen Bestimmungen so einfach wie möglich. Wir müssen aber nicht nur vom Standpunkt der Drogisten, sondern auch vom Standpunkt des konkurrierenden Publikums aus auf das allerentschiedenste und gegen die Bestimmungen der Novelle erklären.

Abg. Dr. Förster (Antil.) schließt sich in der Begründung des Antrages seiner Partei im wesentlichen dem Redner an.

Abg. Dr. Hise (Str.) spricht sich für den Antrag Gröber-Holleuffer aus, da durch den gegenwärtigen Betrieb der Drogenhandlungen vielfach Leben und Gesundheit des Publikums gefährdet würden.

Geheimer Medizinalrat Dr. Pistor befragt, daß die Motive kein statistisches Material enthielten, im Gegenteil sei dort eine ganze Reihe von Daten und Zahlen angeführt, die durchaus nicht allein Berliner Verhältnisse illustrierten. Dieses Material sei noch durch den Bericht des preussischen Kultusministers vermischt worden. Es sei nachgewiesen, daß Drogenmischungen die heftigsten Gifte wie Chloralhydrat, Nitropin, extractum colchici, Secalin usw. dem Publikum verabsolgt hätten, in Magdeburg hätten sich die Gebarmen auf Rezepte frische Pöllenmischungen aus den Drogenhandlungen besorgt. Redner führt eine Reihe weiterer Beispiele aus Köln, Hannover und Breslau an. Das sei doch ein deutlicher Beweis dafür, daß die Drogenhandlungen den Bestimmungen der Behörden zuwider gehandelt und in zahlreichen Fällen Leben und Gesundheit des Publikums gefährdet hätten. Die Regierung könne daher mit den bestehenden Gesetzen nicht auskommen und habe deshalb im Interesse des Allgemeinwohl diese Bestimmungen der Vorlage eingebracht. Eine ganz falsche Auffassung sei es, zu glauben, daß lediglich die Forderungen der Apotheker den Anlaß zu dem Gesetzesentwurf gegeben hätten, daß Berliner Polizeipräsident hätte schon seit Jahren ähnliche Bestimmungen angeregt.

Abg. Dr. Kruse (nl.) befreitet ebenfalls, daß die Vorlage zu dem Gesetzentwurf von den Apothekern ausgegangen sei.

Abg. Dr. v. Volkshlegel (Volk) erklärt, es sei eine allgemeine Meinung, zu sagen, daß sich Schäden, Mißstände herausgestellt hätten. Seine Freunde würden daher gegen die Vorlage stimmen. Dann hier handle es sich um einen Konkurrenzkampf der Apotheker gegen die Drogisten, in den sich der Staat nicht einzumischen habe. Im aller schlimmsten Falle würden seine Freunde für den Antrag Gröber-Holleuffer stimmen.

Abg. Dr. Bangerhans (Frp Sp.): Es ist von den Schädern gesprochen worden, die durch Drogenhandlungen vorgekommen sind. Aber es kommen doch auch in den Apotheken recht viele Mißstände vor, und wenn etwa jemand sich vergiften will, so braucht er doch Lyantol nicht erst beim Apotheker oder Drogisten zu kaufen, sondern geht zum Photographen und kauft sich ein Gift. (Große Heiterkeit) Ein Drogist kann doch ein richtig verordnetes Rezept sehr gut machen. Die Hauptsache bleibt, daß das Register der Apotheken nicht zu eng begrenzt wird, welches die Drogenhändler verkaufen dürfen. Durch die Vorschriften des Gesetzes werden alle Drogenhändler auf das Schwere geschlagen, ohne daß dadurch irgend etwas erreicht wird. Streichen Sie deshalb einfach diese scharfen Bestimmungen. (Beifall)

Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Es fällt der Regierung nicht ein, in den Konkurrenzkampf der Drogisten und Apotheker sich einzumischen zu wollen. Die Regierung hat die Vorlage nur eingebracht, weil es sich herausgestellt hat, daß die Drogenmischungen vielfach Mißstände verurteilt haben, die durch die Kaiserliche Verordnung von 1890 den Apotheken vorbehalten sind. Der Antrag Gröber-Holleuffer ist eine Graufamkeit und für die Regierung durchaus unannehmbar.

Nach einigen kurzen Bemerkungen der Abg. Dr. Förster, Dr. Bangerhans und Dr. Hise schließt die Diskussion über den Drogenhandel.

Ein Antrag auf Vertagung wird abgelehnt. Es folgte die Beratung über die Bestimmungen, betr. den Kleinhandel mit Bier.

Inzwischen ist noch ein Antrag des Abg. Köstler eingebracht, der in dem oben mitgeteilten Antrag v. Holleuffer und Jacobstötter hinter dem Worte „Bier“ einfügen will „vom Faß“.

Abg. Dr. Schäbler (Str.) hat seinen Antrag inzwischen dahin abgeändert, daß die Landesregierungen besagt sein können, für den Kleinhandel mit Bier Konzession zu verlangen.

Nachdem Schäbler seinen Antrag befürwortet, verlegt das Haus die Weiterberatung der Gewerbeordnungsnovelle auf Montag, 1 Uhr. Schluß 5 1/2 Uhr.

Neueste Nachrichten.

Berlin. In der mechanischen Schuhfabrik von Müller u. Schltweg, Luisen-Ufer, ist ein Streik ausgebrochen.

Berlin. Eine Versammlung hat den Ausstand der Holzarbeiter für beendet erklärt. Die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit wurde bewilligt. Ueber einige Werkstätten wird die Sperre verhängt.

Dresden. Eine Versammlung der Konfektionsarbeiterinnen erklärte sich mit dem vom Gewerbeamt erstellten Einigungsvorschlage einverstanden und beschloß, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Katastrophe in Hamburg.

Die folgenden Arbeiter sind ein Opfer des Hauseinsturzes geworden: Tott sind: Polier Grobe, verheiratet und Vater von 7 Kindern, Maurer Rosenhoff, unverheiratet, ferner die Maurer Hise, Ely, Karl Klein und Rudolf Koch, sämtlich verheiratet und Familienväter, sodann der Arbeiter Judnowsky, ebenfalls Familienvater. Lebensgefährlich verletzt befinden sich im Krankenhaus die Maurer Kelling und Hansen und die Arbeiter Grien, Grager und Kramkau. Die übrigen Verletzten sind mit mehr oder weniger bedeutenden Schäden davon gekommen.

Sildesheim. Hier haben die Schuhmacher geschlossen eine Werkstattordnung aufgestellt. Danach soll die Arbeitszeit einschließend einer anderthalbstündigen Mittagspause von morgens 7 Uhr bis abends 7 Uhr dauern und der wöchentliche Durchschnittslohn auf 15 Mark festgesetzt werden.

Paris. Die Auslieferung Friedmanns ist von der französischen Regierung, weil nicht genügend begründet, zurückgewiesen worden.

Rom. Der Italia Militare zufolge betrug der Gesamtwert der Italiener an Offizieren und Mannschaften in der Schlacht bei Anza 4500 Mann, davon 300 aus der Kolonne Albenone, welche 4 Bataillone Eingeborener und einige Abteilungen weißer Soldaten hatte.

Privattelegramm der Volkstimme.

Berlin. Die Arbeiter der Maschinenfabrik für Mühlenbau, Kapler, befinden sich im Streik. Die Firma sucht in Magdeburg Tischler.

Letzte Nachrichten.

M. Berlin. Die Maschinenfabrik für Mühlenbau (vorm. W. Kapler, Berlin) berichtet in Briesen, die an Stellensuchende abgehen, einen Verdienst von 35 bis 42 Pfennige pro Stunde. Diese Behauptung widerspricht den Thatsachen. Die Holzarbeiter jener Fabrik verdienen bei einer Arbeitszeit von 70 Stunden pro Woche ca. 20,50 Mark.

Tabakarbeiter.

Den Tabakarbeitern Deutschlands zur Kenntnisnahme, daß die Differenzen bei der Firma G. Klevenhufen in einer kombinierten Sitzung der Fabrikantenkommission und der Streikkommission beigelegt worden sind.

Erfurt. Ueber die Mitglieder der Agitationskommission für Thüringen, Sitz Erfurt, ist die Briefsperrverhängung worden.

Berlin. Die Lokalkommission der Eisenbahn angeordneten hat beschlossen, der Verwaltung der Jura-Simplondahn als letzten Termin für die Annahme der Forderungen der Angestellten Dienstag mittag 12 Uhr festzusetzen; im Falle der Ablehnung wäre der Streik unvermeidlich.

Vereine, Versammlungen, Vergütungen etc.

Ueber das Kleinhandwerk und die Lage der Konfektionsarbeiter referierte kürzlich in Burg Schloße Eichenau Redner gab zunächst die geschichtliche Entwicklung des Handwerks und besprach den Uebergang zur Maschinenfabrik deren Anfänge, Ausdehnung und Auswüchse besonders schildernd Reichthum Stoff bot dem Redner die Entwicklung der Konfektionsindustrie. Als Fachmann konnte Genosse Hingz die Zustände dieser Branche. Seine Schilderung war eine ergreifende und nachhallige. Den Anwesenden machte Redner klar, wie notwendig der Zusammenschluß der Arbeiter sei und was die Organisation für die Arbeiter bedeute. Entschieden trat Redner für den Centralverband der Schneider ein. Seine trefflichen Ausführungen sollten die Anwesenden dem A. oder W. hinstellen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die im Grand-Salon tagende öffentliche Versammlung der Schneider und Berufsgenossen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Genossen Hingz, voll und ganz einverstanden, und erachtet es als ihre Pflicht, in Anbetracht der traurigen Lage, in welcher sich die Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen befinden, dieselben nach besten Kräften finanziell und moralisch zu unterstützen.“ Nachdem der Vorsitzende bekannt gegeben, daß die nächste Mitgliederversammlung der hiesigen Kapitale des Schneiderverbandes am 16. März im Lokale des Herrn Schürer tagt, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Dienstag, den 10. März.

Sachsenburger Männer-Gesangsverein Liebertzsch, Uebungsstunde abends 8 Uhr bei Köpcke, Braunschweigerstraße 2a. Dasselbe Apparat neuer Mitglieder.

Kammer. Dann begann er das Defizit zu bedenken. Er that es, indem er die Steuerschraube noch unbarmherziger ansetzte, als sie bisher schon thätig war. Zweimal griff er zum Mittel der Steuererhöhung, aber noch immer ist das Defizit nicht gedeckt. Dagegen mehren sich die Zeichen, daß der wachsende Steuerdruck das wirtschaftliche Leben der Nation selbst erstickt. Als die noch unter Giolitti gewählte Kammer Miene machte, gegen Crispi die Moralfrage aufzuwerfen, wurde sie zunächst von Crispi in verfassungswidriger Weise vertagt und später aufgelöst. Crispi, vom König gestützt, übte faktisch eine Diktatur aus. Die Neuwahlen am 26. Mai 1895 ergaben für Crispi eine große Majorität; die neue Kammer zählte 350 Ministerielle, 100 Mitglieder der konstitutionellen Opposition (Rechte), 40 Radikale und etwa ein Duzend Sozialisten. Diese große Majorität von rund 200 Stimmen ist von Crispi immer weiter herunterregiert worden; vor acht Tagen rechnete man ihm noch 70 Stimmen heraus und heute sind auch diese verschwunden. Herr Crispi hat es vernommen, in dieser entscheidenden Stunde seine Anhänger noch einmal zählen zu wollen. Den Todesstoß erhielt Crispi von seiner Kolonialpolitik. Sofort bei seinem Amtsantritt machte er kein Gehehl daraus, daß er Abofinien erobern wolle. Am 22. Dezember 1893 wurden die Dervische bei Agordat geschlagen, worauf die Italiener immer weiter nach Westen drangen; am 17. Juli 1894 besetzten sie Kassala. Dann ging es gegen die abessinischen Ras; Batha Agos wurde am 21. Dezember 1894 bei Sagareiti, Mangascha am 13. und 14. Januar 1895 bei Senaja und Coatit geschlagen. Am 25. März 1895 wurde Abigrat besetzt und dann wurde immer weiter nach Süden gedrungen. Im Dezember wandte sich das Blatt Wendell, der den erschlichenen Protektionsvertrag von Ucciali zerrissen hatte, rühte mit Uebermacht heran, schlug die Italiener und drängte sie immer weiter zurück, bis die Katastrophe von Abocarima erfolgte. Was der Crispischen Kolonialpolitik zu Grunde lag, ist immer noch nicht ganz aufgeklärt. Er selbst hat wiederholt erklärt, er habe die Kolonialpolitik nicht angefangen, er würde sie auch nicht angefangen haben und er setze nur das Angefangene fort, aber gerade er hat von allen Ministerpräsidenten seit 1885 die verwegenste Kolonialpolitik getrieben. Sie muß ihm doch mehr am Herzen gelegen haben, als er zugeben wollte. Selten freilich ist ein Unternehmen so leichtfertig begonnen und so frevelhaft fortgesetzt worden, wie das italienisch-afrikanische. Als die Engländer 1868 ihren Zug nach Magdala ausführten, hatten sie ihn aufs sorgfältigste vorbereitet, und genau an dem Tage, den der Oberbefehlshaber Sir Robert Napier längst voraus bestimmt hatte, zog er als Sieger in Magdala ein. Als er sein Ziel, die Befreiung der Gefangenen und die Züchtigung des Königs Theodor, erreicht hatte, zog er wieder ab und überließ Abessinien seinem Schicksale. Der Spieß kostete die Engländer 150 Millionen, aber sie konnten sich denselben leisten, denn sie haben das Geld dazu. Die Italiener haben es nicht, und wenn sie Geld haben, so brauchen sie es viel nötiger für ihr eigenes Land, das aus tausend Wunden blutet, als daß sie es in unfruchtigen Abenteuer verjähren sollten. (Frankf. Ztg.)

Frankreich.

Ausgewiesen wurde aus Frankreich der in London lebende Anarchist Fürst Krapotkin, der Vorträge in Paris angekündigt hatte. Er wurde bei der Landung in Dieppe verhaftet und für ausgewiesen erklärt. Die Gendarmen brachten ihn auf das nächste Schiff, das nach England zurückfuhr. Krapotkin ist ein idealistischer Schwärmer von lautem Charakter, der für seine verkehrte Auffassung mit Begierde wirkt. Wozu diese Polizeischikanen?

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat an die Streikenden in Cottbus eine zweite Rate im Betrage von 3000 Mark abgehen lassen. Weitere Sendungen werden folgen. So hat der Centralvorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, welche Organisation bekanntlich selbst vor einer Bewegung großen Umfangs steht, den Streikenden in Cottbus 1000 Mark bewilligt; weiter hat der Holzarbeiterverband, Filiale Berlin, trotz seines eigenen Lohnkampfes, für den gleichen Zweck 3000 Mk. Unterstützung beschlossen. Hoch die Solidarität! — Beendet ist der Streik der im Schnit-Steinzeugen in Berlin thätigen Arbeiter unter folgenden Bedingungen: Einführung der neunstündigen Arbeitsdauer mit dem Lohn der bisherigen zehnstündigen Arbeitszeit vier Wochen nach Beendigung des Streikes und Wieder Einstellung sämtlicher Ausständiger. — In Jülich trennen die Holzarbeiter, da die Holzindustriellen beschlossen haben, auf die Zuschrift der Kommission keine Antwort zu erteilen.

Zur Konfektionsarbeiterbewegung.

Der Streik der Konfektionsarbeiterinnen in Dresden geht zu Ende. Vor dem Gewerkegericht als Ausgangspunkt ist zwischen den Fabrikanten der Konfektionsfirma Bartsch & Co., E. Goldmann und Frau, Cohn, Scharf und den streikenden Konfektionsarbeiterinnen einvernehmlich unter Mitwirkung der beteiligten Zwischenglieder und Meisterinnen folgendes Abkommen zur gütlichen Beilegung der schwebenden Streitigkeiten geschlossen worden: Die Konfektionsarbeiterinnen Goldmann und Cohn bewilligen für alle vor dem Streik an die Zwischenglieder gezahlten Löhne einen Zuschlag, und zwar auf die bisher gezahlten Löhne bis zu 175 Pfg. 33 1/2 Prozent, von 1 80 bis zu 2 Mk. 25 Prozent, von 1 10 bis zu 3 Mk. 20 Prozent, über 3 Mk. 15 Prozent, und für Magdalen einen besonderen Zuschlag von 25 Prozent. Die streikenden Arbeiterinnen Goldmann und Cohn verpflichten sich, zur Zwischenglieder in Zukunft zu beschäftigen, die bei Streik bis zu 3 Mk. 50 Pfg. 60 Prozent und bei Löhnen über 3 Mk. 50 Pfg. 50 Prozent ihren Arbeiterinnen als Lohn gezahlt, überdies aber sämtliche Zusätze den Arbeiterinnen zu zahlen. Ferner verpflichten sich die Kon-

sektionäre für Westensachen, in Zukunft dieselben Löhne zu zahlen wie für die übrigen Sachen. Der Lohn wird wöchentlich ausgezahlt; bei der Ablieferung der Sachen sind die Arbeiterinnen nicht verpflichtet, zu warten. Ausdrücklich wurde hervorgehoben, daß Maßregelungen aus Anlaß des Streiks nicht stattfinden dürfen. Diese Vereinbarungen werden den Streikenden unterbreitet, die darüber zu befinden haben.

Tages-Chronik.

Magdeburg, 9. März 1896.

Ueber die Prostitution und die bürgerliche Frauenrechtleri wird morgen Abend im Luisenpark die Genossin Klara Zetkin sprechen. Die Ursachen der Prostitution sind wirtschaftlicher Natur. Durch die gegenwärtige Produktionsweise ist sie bedingt. Seit der Kapitalismus die Frau aus der Familie herausgerissen, sie zur Lohnarbeit gezwungen hat, aber sie so schlecht lohnt, daß es ihr nicht möglich ist, davon ein nur halbwegs menschenwürdiges Leben zu führen, werden viele gezwungen, auf dem Wege des Lasters sich einen Nebenverdienst zu suchen. Einige Kapitalisten sind so frivol, ihre weiblichen Arbeiterinnen direkt auf diesen Weg zu weisen, sie auch häufig erst durch die Hungerpeitsche zu zwingen, ihnen selbst zu Willen zu sein. Eine andere Ursache der Prostitution ist darin zu suchen, daß es heute vielen Männern, hauptsächlich aus dem Mittelstande, nicht möglich sei, bei Eintritt der Geschlechtsreife eine Ehe zu schließen. Bürgerliche Frauenrechtlerinnen haben die Bekämpfung der Prostitution übernommen. Sie haben aber nach bekannter Manier das Pferd beim Schwanz aufgefaßt; sie haben eben in echt höflichem Deutsch eine Resolution an den Kaiser geschickt und darin aufgefordert, die Prostitution kurzer Hand zu verbieten. Die Stellung der Proletarier zu dieser Frauenrechtleri wird unsere rednerisch gewandte Genossin klarlegen. Es ist deshalb Pflicht der Frauen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Das Bureau des Reichstags hat dem Vorsitzenden der letzten Volksversammlung, Genossen Lantau, mitgeteilt, daß der Reichstags-Präsident die Verteilung der in obiger Versammlung beschlossenen Resolution betreffend den Geschlechtsverkehr über den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Erzeugnisse, an die Mitglieder des Bundesrats und Reichstags geschickt hat.

Die Sachjenschan behauptet, daß der sozialistische „Mutterbader“ Pepsold aus „Dresden“, der bei der Erhebung der Reichstagskommission für Arbeiterstatistik als Ausnahmeperson diente und für den Regionalarbeitstag eintrat, mit Hinterlassung großer Schulden verschwunden ist. Aus eigener Initiative sagt die Sachjenschan hinzu: Er hat besonders „Genossen“ hinterlassen. Wir haben bereits in einer früheren Nummer dieses Blattes erzählt, daß er sich in der Sachjenschan bis zur nächsten Nummer ihre Behauptung nicht zurücknehmen, wird unser Genosse Pepsold von dem verlennerischen Gebahren der Sachjenschan in Kenntnis gesetzt.

Die Antijemiten rebellieren. In der letzten Sitzung des deutschsozialen Kreisvereins wurde verschiedenes Genies arg der Kopf geschlagen. Die Angriffe der Vollstimme haben hierzu Veranlassung gegeben. Die dumme Art der von antijemitischer Seite geübten Kritik wurde sehr mißbilligt; die Kritik wurde nicht bewirkt, daß die Schriftleitung der Sachjenschan jetzt anständig ruhig geworden ist. Die heftige Debatte wird von der Sachjenschan wie folgt skizziert: Bei dem Bund „Reichsbundes“ entspann sich eine erregte Debatte, deren Einzelheiten wir ihres „individuellen Charakters“ halber hier nicht wiederholen wollen. Die Beratungen nahmen einen äußerst anregenden Verlauf, da von dem Reich der „freien Meinungsäußerung“ von allen Anwesenden ziemlich ausgiebig Gebrauch gemacht wurde.

Gründlich reingefallen.

ist wieder einmal die Sachjenschan. Aus technischen Gründen kann das Blatt seinen Lesern den Reichstagsbericht nicht unterbreiten. An Stelle dessen bietet das Blatt eine kurze Darstellung der Vorgänge im Parlament. So weiß das Blatt von „Amthgriffen“ des Abg. Richter zu erzählen. Herr Siebermann von Sonnenberg soll aber Gelegenheit genommen haben, Richters „unwürdiges Spiel vom Mittwoch mit trübenden Worten zu bezeichnen“. Nach dem Parlamentsbericht hatte der Antijemitenführer „festgestellt, daß sich fünfzig Mitglieder der Saaten und der Sozialdemokratie aus dem Saale entfernt hätten, um die Beschlußfähigkeit herbeizuführen.“ Daraufhin sagte Abg. Richter (die Sachjenschan verzeichnet die Richter's Äußerung): „Wenn hier einmal festgestellt werden soll, so möchte ich feststellen, daß an jenem Mittwoch auf der Rechten eine ganze Anzahl Herren vorhanden waren, die den sachlichen Verhandlungen gar keine Aufmerksamkeit schenken, sondern sich fortgesetzt in der Restauration aufhielten und nur herbeigekommen sind, um die notwendige Vertagung einer wichtigen Debatte zu verhindern.“ Doch weiter: Die Sachjenschan hat die Abgeordneten festgelegt, die beim Namensaufruf nicht geantwortet haben. Der uns jetzt vorliegende biographische Bericht ergibt aber, daß eine Anzahl der in der Sachjenschan aufgeführten Abgeordneten bei ihrem Namensaufruf geantwortet haben. Aber der Saalzustand ist folgender: Die Sachjenschan verzeichnet die Namen ihrer eigenen Genossenschaftsmitglieder, die jüdische Sitzung schwänzten. Es fehlten bei jenem Namensaufruf von den Antijemiten die Abgg. Sindewald, Strafe (unentschuldig), Gröbel (unentschuldig), Iskraut (unentschuldig), Köhler (unentschuldig) und außerdem Ahlwardt (in Amerika), Bödel (unentschuldig). Andere Antijemiten hatten sich während der ganzen Sitzung in der Restauration aufgehalten und waren erst erschienen, um den Antrag auf Vertagung niederzulegen. So liegen die Dinge! Vielleicht sind „ehrliche Antijemiten“ in lebenswürdiger und stellen in der nächsten Sitzung des deutsch-sozialen Kreisvereins die Schriftleitung ob ihrer unqualifizierbaren und völlig einseitigen Berichterstattung zur Rede.

Der Kreisverein des christlichen Arbeitervereins hat es verstanden, daß in einer der letzten Sitzungen Sozialdemokraten zugegen waren, und die Vollstimme über den Bericht derselben Bericht erstattet hat. Man darf hoffen, daß auch durch Mitglieder dieses Vereins werden. Die Herren wollen künftig noch sich bilden. Die Sachjenschan sollen sie haben. Es wird beachtet, beachtet Herr Siebermann hier oben zu liegen. Soll uns noch sein. In dem Bericht sollen wir uns sehen.

Die Katholiken Magdeburgs sind über das Infanterie-Regiment Preussisches 10. In einem kurzen Briefe wird berichtet: Das der Herr Graf aber nur für ein einziges Regiment sein. Es mag sich aber auch für ein einziges Regiment sein.

haben der Gegenwart enthält“, das kann nur mit tiefem Bedauern erfüllt. Evangelische und Katholiken leben hier in Magdeburg friedlich zusammen — wir wollen uns konfessionelle und dogmatische Unterschiede nicht aufreiben, und wenn es sich um „evangelische Aufgeben“ der Gegenwart handelt, so rufe ich dem Herrn Grafen das seltsame Wort im „Misan“ zu: „Wohlan! Es eifere jeder seiner unbefangenen, von Vorurteilen freien Liebe nach!“ — Auch sonst herrscht in katholischen Kreisen Mißstimmung, daß der Bericht nicht zur Disposition gestellt wurde. Die Krangere dieser Versammlung haben sonach Teil in das Feuer gegossen. Uns kann dieser Kirchenstreit nur willkommen sein. — Gewissenlose Agenten laden unter allerlei Vorwänden Kellner nach Berlin zur Gewerbeausstellung. Das Agitationskomitee der Gastwirtschaftlichen Deutschlands giebt jedoch bekannt, daß daselbst Kellner genügend vorhanden sind.

Der Kladderadatsch beschäftigt sich gleichfalls mit dem erkrankten Reichstag aus dem Jagdbrevier des Herrn Kaiser v. Dieck in Barch. Freunde guten Humors sind auf das Blatt aufmerksam gemacht.

Die Mitteltung hiesiger Blätter, daß benachb. Direktor Hennig in hiesigen Circus einige Wochen Vorstellungen geben will, befragt sich nicht.

Unfälle. In der städtischen Krankenanstalt fanden Aufnahme der Maschinenführer Ewald K., der sich bei der Arbeit auf einem Budauer Dampfsgewerk ein Fingerglied abgequetscht hatte, der Kellner Wilh. E., der sich vor 14 Tagen beim Holzspalten in seiner Wohnung in die rechte Hand geschlagen hatte, wodurch eine Lymphgefäßentzündung am rechten Arm entstanden war, der bei Abbrucharbeiten beschäftigte Arbeiter Karl E., der sich vor 14 Tagen mit einem Stück Holz an das Schienbein gestoßen hatte, wodurch eine Schienbeinverletzung entstanden war, und das Dienstmädchen Franziska E., das sich beim Kesselschneuern den unteren Körper verbrannt hatte.

Der Schneefall in der Nacht vom Sonntag zum Montag hat ungeheuren Schaden angerichtet. Die Telephon- und Telegraphenleitung ist zu einem großen Teile zerstört. Die auf den Dächern angedachten Gefälle sind ungeboren, die Dächte zerfallen. In einigen Straßen berührt die Erde und hindert den Fußverkehr. — Die Schiffahrt auf der Elbe war an der Strombrücke infolge der bis auf das Wasser herabhängenden Telegraphenbrücke bis heute mittag gesperrt.

Zur Thätigkeit der Feuerweh. Am Sonnabend abend gegen 6 Uhr war im Hause Schönebiederstraße 108 durch eine Gasflamme die Decke in Brand geraten, die Budauer Feuerwehr beteiligte vermittelte der kleinen Handpumpen weitere Gefahr. — Am Montag morgen gegen 5 1/2 und 5 3/4 Uhr wurde die Feuerwehr von der Polizei telephonisch alarmiert, um die durch den Schneefall in der Lindeburger Straße und der Strombrücke zerfallenen Telegraphenbrücke, die Verkehrsstörungen zu beseitigen drohen, zu beseitigen.

Die Anarchisten in Thätigkeit.

Nachdem es den Anarchisten trotz der schmählichsten Verleumdungen der Fünferkommission nicht gelungen ist, das Proletariat der Berliner Konfektions-Industrie ins Schlepptau zu bekommen, suchen Landauer und Genossen dem qualenden Mangel an genügenden Truppen auf andere Weise abzuhelfen. „Die Gegner der Fünferkommission“, verkündet Lante Boff ernsthaft, „die für die Wiederaufnahme des Ausstandes in der Konfektions-Industrie thätig sind, haben am 3. März eine freie anarchisch-sozialistische Vereinigung gegründet und beabsichtigen, durch sonntägliche Vorträge und Besprechungen, sowie durch Vorlesungen zweckentsprechender Erzeugnisse der Litteratur für ihre Ziele Anhänger zu werben.“ Auch in Magdeburg hatten die Anarchisten die Magdeburger Arbeiterschaft für die Wiederaufnahme des Streiks in der Konfektions-Industrie interessiert wollen, sind aber damit kläglich gescheitert. Das Gebahren der Anarchisten ist selbst der Ethischen Kultur zuwider. In der neuesten Nummer dieser Zeitschrift für sozial-ethische Reformen lesen wir: Die Anarchisten werfen den sozialdemokratischen Führern beständig vor, daß sie die Instinkte der unaufgeklärten Massen zur Befriedigung ihrer Herrschaftsgelüste mißbrauchen. Gibt es aber in der That eine schmählichere Ausbeutung der sozialen und wirtschaftlichen Urteilslosigkeit schlechtorganisirter Arbeitermassen, als sie in den Exzerzieren des Herrn Landauer zu Tage tritt? Die Sozialdemokratie trägt mit der erzieherischen und aufklärenden Wirkung ihrer Organisationen trotz gelegentlicher Härten der Disziplin unendlich viel mehr zur Entwicklung des Individuums im Arbeiter bei, als die ebenso hochmütige wie verworrene Agitation des „Individualismus“, welche zur Zeit von den deutschen Anarchisten betrieben wird. Bürgerlichen Kreisen mag die Thätigkeit der Sozialdemokratie in der Bewegung der Konfektionsarbeiter beweisen, daß die Vertreter dieser Partei den Namen „Ordnungsparteier“ in ungleich höherem Maße verdienen, als die frevelhaften Gesellen, die jetzt allerorten bemüht sind, der Arbeiterschaft die gesetzlichen Wege ihrer Emporentwicklung zu verlegen. Ohne die Arbeit der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Agitatoren wäre die unerträgliche Not der Konfektionsarbeiter nur in einem gewaltigen Verzweiflungsausbruch aus Licht getreten.

Egeln. (Abgefallen.) Eier legte jüngst eine antijemische Volksversammlung. Arrangiert war dieselbe von den Magdeburger Antijemiten Referent war Herr Kreuz. Er wollte die Vorlage des Ministeriums schildern und den Weg zur Rettung zeigen. Ein Thema, bei dem der Referent schon zu Duzend Malen gehalten wurde. Das macht nichts. Die Versammlung war zu 2/3 von Sozialdemokraten besetzt, deren Nachspruch sich die Antijemiten zu sagen hatten. Herr v. Schirp mußte die Leitung der Versammlung an unseren Genossen Seifert abtreten, der die Versammlung mit Umsicht und Gelehrtheit leitete. Die bekannten Irrtümer der Antijemiten wurden von den Referenten zu Gehör gebracht, der schließlich in nicht mißverständlicher Weise seinen Herzen über die Juden und Judenrechte Luft machte. Es widerspricht sich, die niedrige Festsetzung der Antijemiten hier nicht zu kritisieren, nur das eine sei gesagt: mit seinen maßlosen, zum Teil widerlichen Ausfällen gegen Andersdenkende, hat der Referent hier nicht viel Ehre eingelegt. Unser Genosse Seifert kennzeichnet auch in höchsten Tönen das widerprüchliche Gebahren der Antijemiten, das Kompromisse und ergebliche Volksfreundlichkeit. Ob Herr Kreuz vor unseren Genossen gelernt hat, wie eine Partei zu agitieren hat, was sie sich die Achtung und Sympathie weiterer Volksteile erwerben will, bezweifle ich.

Taugermünde. (Bekämpfung sozialdemokratischer Arbeiter.) Hier legte jüngst eine Antijemitenversammlung. Arrangiert war dieselbe von Magdeburger Antijemiten. Mehr als 200 Sozialdemokraten waren anwesend, wozu sich etwa 50 Antijemiten arg in die Kleinteile. Herr Kreuz hielt einen seiner bekannten Vorträge, und reichte durch seine schabdröckigen Bemerkungen die Sozialdemokraten, welche sich zu Beweisen für die Sache zum Sprecher erhoben hatten. Weil unser Referent dem antijemischen Redner gehörig auf das Fell gefügten war, die Sachjenschan jedoch böse geworden. Sie schreibt: „Frage sei mit der Note 16-17-jähriger Kinder“ angedeutet gekommen. Die Sachjenschan behauptet die Gegner und macht sich das freigelegte Wort von großen Jungen zu eigen. Wegen des zunehmenden Vorkommens „großer raubwachsender Jungen“ soll schließlich die Versammlung geschlossen sein. Ist dies eine wichtige Kampfschwärze? Entschieden ist. Es befindet man nicht den politischen Gegner. Was würde die Sachjenschan jetzt, wenn wir die gleichen beschimpfenden Ausäußerungen auf

Jugendlichen Claquere ausdehnen wollten, die in dem sogenannten Jugendbund für Volksversammlungen zugeordnet werden.

Die Konkurrenz der Strafanstalten. Wie nachteilig die Konkurrenz der Strafanstaltsarbeiter wirkt, beweist folgender, von der Frankfurter Zeitung bekannt gegebener Vorfall. Die Garnisonverwaltung in Spandau hatte die Lieferung einer Anzahl Tische ausgeschrieben. Außer verschiedenen Tischlermeister und Holzbearbeitungsfabriken reichte auch die — Direktion des Zuchthauses in Rendsburg eine Offerte ein, und zwar die weitest billige. Sie forderte für einen Tisch 10 Mark 60 Pfg., während der nächste Mindestfordernde, ein Spandauer Tischlermeister 19 Mark 80 Pfg. verlangt; er hatte die Arbeit auf das Neueste berechnet und würde nur einen geringen Gewinn haben. Der Zuschlag ist noch nicht erteilt, man glaubt aber, daß wegen des ungemein billigen Preises die Lieferung dem Zuchthause übertragen werden wird.

Mschaffenburg. (Der ungetrene Pfarrer.) Der Pfarrer Fröh von Mchaffenburg, früher in Alzenau, wurde wegen Unterschlagung von Kirchenbargeldern in 17 Fällen, wegen Betrugs und Diebstahls von der Strafkammer zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Elberfeld. (Durch Feuer arbeitslos geworden.) Die große Tuchfabrik von Lütgenau und Wiehager in Hültenwegen ist abgebrannt. Mehrere hundert Weber sind dadurch für die nächste Zeit brotlos geworden.

Freiburg. (Geheime Verbindung.) Hier wurden die Anarchisten Schenkel und Wagner verhaftet. Sie sollen — wie scheinlich — einer geheimen Verbindung angehören.

Friedrichshagen. (Anonyme Anzeigen.) Gegen den Unfug der anonymen Anzeigen wendet sich folgende lobenswerte Bekanntmachung des Amtsvorsehers Kluth in Friedrichshagen: „Andauernd gehen bei mir anonyme Zuschriften und Beschwerden usw. ein. Ich erkläre hiermit, daß ich solche grundsätzlich dem Papierkorb überweise. Wer nicht den Mut besitzt, seine Schreiben mit seinem Namen zu besetzen, und auch nicht das Vertrauen zu mir hat, daß ich helfe, wo ich kann, dem läßt ich auch nicht das Recht ein, Abhilfe von mir zu erwarten.“ Andere Leute denken anders.

Ein Volksschullehrer wegen Sittlichkeitsverbrechens bestraft.

Der Volksschullehrer Stedingt aus Herchen, wurde von der Strafkammer in Bonn wegen Sittlichkeitsverbrechen im Sinne der §§ 174, 1 und 176, 3 zu zehn Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die gleiche Dauer verurteilt.

Rixdorf. (Verhaftet.) Wegen Verbrechens wider keimendes Leben, begangen an einem sechszehnjährigen Mädchen, ist in Rixdorf eine Rentnersfrau verhaftet worden.

Veiten. (200 Kinder erkrankt.) An einer epidemischen Augenkrankheit sind in Veiten an 200 Kinder, besonders Mädchen erkrankt.

Militärische Nachrichten.

Wegen Soldaten - Mißhandlung sind vor einigen Monaten zwei Unteroffiziere der ersten Kompanie des Oldenburger Infanterieregiments in Untersuchung gezogen worden. Die Mißhandlung soll auf einer Mannschaftsstube geschehen sein. Die Mißhandelten waren Rekruten. Die beiden Unteroffiziere wurden zu 1 bzw. 1 1/2 Jahren Festungshaft verurteilt.

Der Hauptmann Fischer begnadigt.

Hauptmann Fischer, der vor einiger Zeit in Diederhosen den Lieutenant Kühne im Duell erschoss und dafür zu 2 Jahren Festungshaft verurteilt wurde, ist der Badischen Landeszeitung zufolge nach Verbüßung von 11 Wochen der Strafe vom Kaiser begnadigt worden und zu seinem Regiment zurückgeführt.

Soldatenmißhandlungen in der russischen Armee.

verbiethet jetzt ein Tages-Befehl des Kommandeurs des Moskauer Militärbezirks, General Kostanda. Der General fordert die Offiziere auf, die Mannschaften human und wohlwollend zu behandeln. Kostanda ist der erste russische General, welcher die Soldatenmißhandlungen in der Armee öffentlich rügt. Die reaktionären Blätter, wie der Gradschanin und die Petersburgskaja Wjedomosti, greifen denn auch den General heftig an und behaupten, derlei Befehle seien geeignet, die Disziplin in der Armee zu lockern.

Der Husarenkorporal Borok begnadigt.

Begnadigt hat der Kaiser von Oesterreich den Husarenkorporal Borok, dessen Hinrichtung anlässlich der Ermordung des Wachtmeisters Djosseghi in Przemyśl statifanden sollte. Borok erhielt nunmehr zwanzigjährige Festungshaft. Von den übrigen an der Ermordung beteiligten Husaren wurden 15 unter Anrechnung der bisherigen Untersuchungshaft in Freiheit gesetzt und zum Regiment zurückversetzt. Djosseghi war wegen furchtbarer Soldatenmißhandlungen ermordet worden.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 7. März 1896.

Der Kampf gegen die Konsum - Vereine, den Flaschenbier- und Drogenhandel werden heute im Reichstage fortgesetzt, aber noch nicht zum Abschluß gebracht. Diejenigen Parteien, welche vorgeben, den Mittelstand vor dem unvermeidlichen Untergang retten zu wollen, haben Anträge zu der von der Regierung eingebrachten Gewerbeordnungs-Novelle eingebracht, die selbst der Regierung zu weit gehen. Einmal soll den Konsumvereinen der Handel mit Spirituosen untersagt werden; desgleichen der Kleinhandel mit Bier und der Handel mit solchen Drogen und chemischen Präparaten, welche zu Heilzwecken dienen. Die Krämer, Gastwirte und Apotheker wollen sich alle lästige Konkurrenz vom Hause schaffen und haben seit Jahren laut um Abhilfe geschrien. Jetzt endlich soll ihr Wunsch in Erfüllung gehen und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Mehrheit des deutschen Reichstages den Anträgen zustimmt. Im Parlamentsbericht sind dieselben besonders hervorgehoben.

54. Sitzung vom 7. März, 1 Uhr.

Die zweite Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle wird bei Artikel 3 fortgesetzt, wonach § 33 der Gewerbeordnung der Laufs gegeben werden soll, die Landesregierungen können anordnen, daß die Bestimmungen über den Betrieb der Gast- und Schankwirtschaft sowie über den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus auf Konsum- und andere Vereine, einschließlich der bereits bestehenden, auch dann Anwendung finden, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist.

Ein Antrag Gröber (Chr.), v. Hollenffer (Konf.), Dr. Hise (Chr.) und Jacobskötter (Konf.) will diesen Laufs für Konsumvereine obligatorisch machen. Für andere Vereine soll die fakultative Befugnis der Landesbehörden bestehen bleiben.

Abg. Lehner (Chr.) tritt für den Antrag Gröber ein und verweist auf die Mitteilungen, die er am 10. Februar über den Dresdener Konsumverein gemacht habe. Am besten wäre es, wenn man den Schnapsverkauf den Konsumvereinen ganz verbiete.

Abg. Frhr. v. Stumm (Kp) führt aus, daß der Schnapsverkauf der Konsumvereine besonders in Elsaß-Lothringen geradezu zur Hölle geführt hätte.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher erwidert, mit der Tendenz des Antrags Gröber sei er im großen und ganzen einverstanden, wünscht aber, daß bis zur dritten Lesung eine bessere Fassung gefunden werde.

Abg. Reiffhaus (Soz.) spricht sich gegen die Vorlage und auch gegen den Antrag Gröber aus. Wenn die Entscheidung in der Hand der Behörden liege, würden die Bestimmungen des Gesetzes vor allem gegen Konsumvereine angewendet werden, deren Leiter sich in irgend einer Weise mistheilig gemacht hätten, es bräuchten ja nicht immer Sozialdemokraten zu sein. Wenn man die Vorlage Gesetz werden ließe, so handle man gerade so, als wenn man ein Kind totschlage, bloß damit es später nicht mal ein schlechter Mensch werde. Bei den Wahlen würde die Quittung über dieses Gesetz erteilt werden.

Abg. Dr. Schneider (Frj. Bpt.): Ich sehe nicht ein, warum das Haus der Regierung Beschlüsse aufzulegen will, die sie gar nicht verlangt und zu denen kein Bedürfnis vorliegt. Durch die Annahme des Antrags Gröber würde ein vernichtender Kampf gegen die Konsumvereine geführt werden.

Abg. Dueß (Soz.) erhebt Protest gegen die Aeußerung des Abg. Frhr. v. Stumm, daß gerade in Elsaß-Lothringen die Schnapskassens so verberbtig gewirkt hätten. Freilich habe der Schnapskonsum nicht nur im Elsaß, sondern auch in anderen Gegenden zugenommen, aber das liege an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Man solle den Arbeitern ausreichende Löhne zahlen, damit sie sich besser nähren können, dann werden sie weniger Schnaps trinken.

Abg. Dr. Passche (nl.) erklärt, daß seine Partei vorbehaltlich der reaktionellen Aenderung nach der Erklärung des Staatssekretärs für den Antrag Gröber stimmen werde.

Hiermit schließt die Debatte. Die Abstimmung über Artikel III wird noch ausgesetzt, bis über die den Kleinhandel mit Bier betreffende Bestimmung des Art. IV und die dazu gestellten Anträge entschieden ist.

Artikel 4 will die Bestimmung des § 35, wonach gewisse Gewerbebetriebe untersagt werden, wenn Gefahren vorliegen, welche die Unguverlässigkeit des Gewerbebetriebs darthun, auf den Kleinhandel mit Bier sowie den Handel mit solchen Drogen und chemischen Präparaten, welche zu Heilzwecken dienen, ausdehnen.

Ein Antrag der Nationalen will die Bestimmung bezüglich des Drogenhandels freizehen.

Ein Antrag Gröber-Hise (Centrum), v. Hollenffer, Jacobskötter (Konf.) will noch den Handel mit Dosen von Kolletieren und Auspielungen einziehen und den Drogenhandel, „sofern die Handhabung des Gewerbebetriebs Leben und Gesundheit der Menschen gefährdet“.

Die Abgg. v. Hollenffer und Jacobskötter wollen bezüglich des Kleinhandels mit Bier den Laufs einziehen, daß dieser Handel untersagt werden kann, wenn der Gewerbebetriebe wiederholt wegen unbefugten Betriebes der Schankwirtschaft bestraft ist.

Abg. Dr. Schäbler (Chr.) beantragt, daß auch derjenige, der Kleinhandel mit Bier betreiben will, der Erlaubnis bedarf. Nach der bisherigen Bestimmung ist dies nur für Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus erforderlich. Entsprechend kann nach dem Antrag Schäbler auch der Kleinhandel mit Bier von dem Nachweis des Bedürfnisses abhängig gemacht werden.

Bundschuß wird über den Drogenhandel debattiert.

Abg. Lenzmann (Frj. Bpt.): Die Petitionen, welche auf diesen Artikel von Einfluß gewesen sind, sind vom schändlichsten Eigennutz diktiert und können meist nur aus Interessententressen, die sich eine Konkurrenz vom Hause schaffen wollen. Es ist nicht richtig, wenn man sagt, daß in solchen Dingen die Interessenten allein sachverständig sind. Ihr Sachverständigkeit wird durch den Parteikampf vollständig getrübt. Unparteiisch ist nur das Publikum selbst, und auf dieses soll man hauptsächlich Rücksicht nehmen. Die Wirte möchten den Flaschenbierhandel einschränken, damit die Leute des Bierstehens aufsuchen. Eine Petition aus München verlangt ja auch einfach Verbot des Flaschenbierhandels.

Was nun den Drogenhandel anlangt, so wird bestimmt, daß wegen Unguverlässigkeit des Inhabers ein Drogengeschäft geschlossen werden kann. Die Aussicht wird einer mehr oder minder inkubierenden Polizeibehörde überlassen. Sonst war eine derartige Beschränkung nur beim Kleinhandel, aber niemals beim Großhandel Branch. Das ist um so bedenklicher, als ein Polizeibeamter doch weiß gar nicht weiß, was unter Unguverlässigkeit zu verstehen ist. Es soll ferner der Handel mit solchen Drogen und chemischen Präparaten verboten werden, die zu Heilzwecken dienen. Was heißt das? Es wird wohl kaum ein Präparat geben, das nicht auch zu Heilzwecken Verwendung finden kann. Wie soll nun der Drogist feststellen, ob ein Präparat, das verschiedenen Zwecken dient, von dem Käufer wirklich zu Heilzwecken angewendet wird? Soll etwa der Käufer erst jedesmal gefragt werden, ob er sich mit dem Mittel kurieren will? Dazu kommt, daß eine Nationalität zu so einschneidenden Bestimmungen gar nicht vorliegt. Es wird gesagt, daß sich hier in Berlin Uebelstände gezeigt haben; aber wir können doch nicht unsere Gesetze immer auf die Uebelstände der Stadt Berlin zuschneiden. Man sollte sich hüten, aus so nichtigen Gründen eine große Zahl von Gewerbebetrieben unter Polizeiaufsicht zu stellen, sie zu aufreien Menschen zu machen und wirtschaftlich zu ruinieren. Es wird in Folge von Denunziationen der konkurrierenden Apotheker sehr häufig vorkommen, daß Anklagen erhoben werden wegen Verkaufes ganz harmloser Mischungen, wo nachher Freisprechung erfolgt. Wenn man nun als Grund anführt, daß die Drogisten nicht genügend wissenschaftliche Vorbildung haben und namentlich nicht lehrmäßig können, so beweisen doch die Erfolge der Drogistenkurse in Berlin und Braunschweig gerade das Gegenteil. Man kann auch nicht den Einwand erheben, daß die Revision zu schwer ist. Die Revision ist nach den jetzigen Bestimmungen so einfach wie möglich. Wir müssen aber nicht nur vom Standpunkt der Drogisten, sondern auch vom Standpunkt des konkurrierenden Publikums aus auf das Allenentschiedenste uns gegen die Bestimmungen der Novelle erklären.

Abg. Dr. Förster (Kauf.) schließt sich in der Begründung des Antrages seiner Partei im wesentlichen dem Vorredner an.

Abg. Dr. Hise (Chr.) spricht sich für den Antrag Gröber-Hollenffer aus, da durch den gegenwärtigen Betrieb der Drogenhandlungen vielfach Leben und Gesundheit des Publikums gefährdet würden.

Geheimer Medizinalrat Dr. Pistor befreitet, daß die Motive kein statistisches Material enthielten, im Gegenteil sei dort eine ganze Reihe von Daten und Zahlen angeführt, die durchaus nicht allein Berliner Verhältnisse illustrierten. Dieses Material sei noch durch den Bericht des preussischen Kultusministers vermehrt worden. Es sei nachgewiesen, daß Drogengeschäfte die heftigsten Gifte wie Chloralhydrat, Atropin, extractum colchici, Cocain usw. dem Publikum veräußert hätten, in Magdeburg hätten sich die Gebarmen auf Recepte jetzige Höllenfeindungen aus den Drogenhandlungen besorgt. Nebenher führt eine Reihe weiterer Beispiele aus Köln, Hannover und Breslau an. Das ist doch ein beständiger Beweis dafür, daß die Drogenhandlungen den Bestimmungen der Behörden zuwider gehandelt und in zahlreichen Fällen Leben und Gesundheit des Publikums geschädigt hätten. Die Regierung könne daher mit den bestehenden Gesetzen nicht auskommen und habe deshalb im Interesse des Allgemeinwohl diese Bestimmungen der Vorlage eingebracht. Eine ganz falsche Auffassung sei es, zu glauben, daß lediglich die Forderungen der Apotheker den Anlaß zu dem Gesetzesentwurf gegeben hätten, das Berliner Polizeipräsidium hätte schon seit Jahren ähnliche Bestimmungen angeregt.

Abg. Dr. Krause (nl.) befreitet ebenfalls, daß die Anregung zu dem Gesetzesentwurf von dem Apothekerverein ausgegangen sei.

Abg. Dr. v. Bolzlegier (Kp) erklärt, es sei eine allgemeine Aenderung, zu sagen, daß sich Schäden, Mißstände herausgestellt hätten. Seine Freunde würden daher gegen die Vorlage stimmen. Denn hier handle es sich um einen Konkurrenzkampf der Apotheker gegen die Drogisten, in den sich der Staat nicht einzumischen habe. Im aller-schlimmsten Falle würden seine Freunde für den Antrag Gröber-Hollenffer stimmen.

Abg. Dr. Dagerhans (Frj. Bpt.): Es ist von den Schäden gesprochen worden, die durch Drogenhandlungen vorgekommen sind. Aber es kommen doch auch in den Apotheken recht viele Mißgriffe vor, und wenn etwa jemand sich vergiffen will, so braucht er doch Ghanal nicht erst beim Apotheker oder Drogisten zu kaufen, sondern geht zum Photographen und kauft sich ein Gift. (Große Heiterkeit.) Ein Drogist kann doch ein richtig verordnetes Rezept sehr gut machen. Die Hauptsache bleibt, daß das Register der Apothekervereine nicht zu eng begrenzt wird, welches die Drogenhändler verkaufen dürfen. Durch die Vorschriften des Gesetzes werden alle Drogenhändler auf das Schwerste geschädigt, ohne daß dadurch irgend etwas erreicht wird. Strichen Sie deshalb einfach diese schroffen Bestimmungen. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Es fällt der Regierung nicht ein, in den Konkurrenzkampf der Drogisten und Apotheker sich einzumischen zu wollen. Die Regierung hat die Vorlage nur eingebracht, weil es sich herausgestellt hat, daß die Drogengeschäfte vielfach Medikamente verkauft haben, die durch die Kaiserliche Verordnung von 1890 die Apotheken vorbehalten sind. Der Antrag Gröber-Hollenffer ist eine Grausamkeit und für die Regierung durchaus unannehmbar.

Nach einigen kurzen Bemerkungen der Abgg. Dr. Förster, Dr. Dagerhans und Dr. Hise schließt die Diskussion über den Drogenhandel.

Ein Antrag auf Vertagung wird abgelehnt. Es folgte die Beratung über die Bestimmungen, betr. den Kleinhandel mit Bier.

Zugewiesen ist noch ein Antrag des Abg. Böckle eingegangen, der in dem oben mitgeteilten Antrag v. Hollenffer und Jacobskötter hinter dem Worte „Bier“ einfügen will „vom Faß“.

Abg. Dr. Schäbler (Chr.) hat seinen Antrag inzwischen dahin abgeändert, daß die Landesregierungen befugt sein können, für den Kleinhandel mit Bier Konzession zu verlangen.

Nachdem Schäbler seinen Antrag beantwortet, verlegt das Haus die Weiterberatung der Gewerbeordnungs-Novelle auf Montag, 1 Uhr. Schluß 5 1/4 Uhr.

Neueste Nachrichten.

Berlin. In der mechanischen Schuhfabrik von Müller u. Schlichweg, Luisen-Str., ist ein Streit ausgebrochen.

Berlin. Eine Versammlung hat den Zustand der Holzarbeiter für beendet erklärt. Die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit wurde bewilligt. Ueber einige Werkstätten wird die Sperre verhängt.

Dresden. Eine Versammlung der Konfektionsarbeiterinnen erklärte sich mit dem vom Gewerbegericht erteilten Einigungs-vorschläge einverstanden und beschloß, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Katastrophe in Hamburg.

Die folgenden Arbeiter sind ein Opfer des Haus-einsturzes geworden: Todt sind: Polier Grobe, verheiratet und Vater von 7 Kindern, Maurer Rosenhoft, unverheiratet, ferner die Maurer Jhde, Ely, Karl Klein und Rudolf Koch, sämtlich verheiratet und Familien-väter, sodann der Arbeiter Judnowsky, ebenfalls Familien-vater. Lebensgefährlich verletzt befinden sich im Krankenhaus die Maurer Kelling und Hansen und die Arbeiter Grien, Grager und Kramkau. Die übrigen Verletzten sind mit mehr oder weniger bedeutenden Schäden davon-gekommen.

Sildesheim. Hier haben die Schuhmacher-gehilfen eine Werkstättenordnung aufgestellt. Danach soll die Arbeitszeit einschließlich einer anderthalbstündigen Mittagspause von morgens 7 Uhr bis abends 7 Uhr dauern und der wöchentliche Durchschnittslohn auf 15 Mark festgesetzt werden.

Paris. Die Auslieferung Friedmanns ist von der französischen Regierung, weil nicht genügend begründet, zurückgewiesen worden.

Rom. Der Italia Militare zufolge bitrug der Gesamtverlust der Italiener an Offizieren und Mannschaften in der Schlacht bei Rna 4500 Mann, davon 300 aus der Kolonne Albatone, welche 4 Bataillone Eingeborener und einige Abteilungen weißer Soldaten hatte.

Privattelegramm der Volksstimme.

Berlin. Die Arbeiter der Maschinenfabrik für Mühlenbau Kapler, befinden sich im Streit. Die Firma sucht in Magdeburg Tischler.

Letzte Nachrichten.

M. Berlin. Die Maschinenfabrik für Mühlenbau (vorm. W. Kapler, Berlin) verpricht in Briefen, die an Stellensuchende abgehen, einen Verdienst von 35 bis 42 Pfennig pro Stunde. Diese Behauptung widerspricht den Thatsachen. Die Holzarbeiter jener Fabrik verdienen bei einer Arbeitszeit von 70 Stunden pro Woche ca. 20,50 Mark.

Tabatarbeiter.

Den Tabatarbeitern Deutschlands zur Kennt-nisnahme, daß die Differenzen bei der Firma G. Klevenhufen in einer kombinierten Sitzung der Fabrikantenkommission und der Streikkommission beigelegt worden sind.

Erfurt. Ueber die Mitglieder der Agitations-kommission für Thüringen, Sitz Erfurt, ist die Brief-sperrre verhängt worden.

Bern. Die Lohnkommission der Eisenbahnangestellten hat beschlossen, der Verwaltung der Jura-Simplondahn als letzten Termin für die Annahme der Forderungen der Angestellten Dienstag mittag 12 Uhr festzusetzen; im Falle der Ablehnung wäre der Streik unvermeidlich.

Verreise, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Ueber das Kleinhandwerk und die Lage der Konfektions-arbeiter referierte kürzlich in Burg Wunne Hage-Stendal. Redner gab zunächst die geschichtliche Entwicklung des Handwerks und besprach den Uebergang zur Maschinenfabrikation. Er erwähnte die Bedürfnisse besonders schmerzhaft. Reichlich Stoff bot dem Redner die Entwicklung der Konfektionsindustrie. Als Fachmann konnte Genosse Hinge die Zustände dieser Branche. Seine Schilderung war eine ergreifende und nachhallige. Den Anwesenden machte Redner klar, wie notwendig der Zusammenschluß der Arbeiter sei und was die Organisation für die Arbeiter bedeute. Entschieden trat Redner für den Centralverband der Schneider ein. Für seine trefflichen Ausführungen sollten die Anwesenden dem Redner lebhaftesten Beifall. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die im Grand-Salon tagende öffentliche Versammlung der Schneider und Bernsgenossen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Genossen Hinge, voll und ganz einverstanden, und crachtet es als ihre Pflicht, in Anbetracht der traurigen Lage, in welcher sich die Konfektions-arbeiter und -arbeiterinnen befinden, dieselben nach besten Kräften finanziell und moralisch zu unterstützen.“ Nach dem der Vorsitzende bekannt gegeben, daß die nächste Frühjahrsversammlung der heftigen Zahlstelle des Schneiderverbandes am 16. März im Lokale des Herrn Schäfer tagt, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Dienstag, den 10. März.

Sachsenburger Männer-Gesangverein Lieberkranz. Uebungsstunde abends 8 Uhr bei Köhler, Braunschweigerstraße 2a. Dasselbe Aufnahme neuer Mitglieder.

Arbeiter-Turnverein Neustadt. Jeden Dienstag und Donnerstag abends punkt 8 Uhr Turnstunden im Weißen Hirsch.

Briefkasten.

Lieber Freund! Sie müssen es der Redaktion überlassen, ob sie eine in Versammlungen beschlossene Resolution wörtlich nachdruckt, dazwischen oder gänzlich weglässt. Für den Inhalt des Blattes sind nicht Sie, sondern die Redaktion verantwortlich. Es ist nicht wahr, daß in Versammlungen beschlossene Resolutionen so ohne weiteres im Blatte nachgedruckt werden können. Wägen Sie auf folgendes Beispiel: In einer der letzten Nummern unseres halleischen Parteiblattes lesen wir: Eine Erklärung soll das Volksblatt veröffentlichen durch Veröffentlichung der Resolution, die in der Schneiderversammlung am Montag voriger Woche gefaßt worden ist. Es wäre unverantwortlich gehandelt, wollten wir die Gerichte zum Einschreiten provozieren. Sie werden nunmehr unsere Haltung verstehen. Besen Straß. — H. B., Sudenburg. Sie erheben gegen die Redaktion den Vorwurf, sie habe die Wenderung des Titels Ihres Vereines unterlassen. Dieser Vorwurf ist unberechtigt. Die Schuld liegt nicht an uns. Mehrigens erfolgen derartige Ankündigungen am Tage vor der Versammlung. Ausnahmen finden nur bei gewerkschaftlichen und politischen Versammlungen statt. Diese Nichtsagen ist von der Redaktionskommission festgelegt. — M. Wir haben Kenntnis genommen von der Bemerkung der Sachverständigen, daß das freie Wort nicht mehr so geteilt ist.

Bei Gelegenheit wird Ihre Anregung benutzt. Guss. — W., Osterburg, Halle. Sie erhalten Antwort von dem Vertrauensmann. — W. H. Wenn der Vater Ihrer Frau gestorben ist, bevor diese großjährig war, und wenn er sich nach dem Tode seiner ersten Frau wieder verheiratet hat, muß in den über Ihre Frau vorhandenen Vormundschaftsakt der Betrag ihres Vermögens angegeben sein. Fragen Sie hierüber bei Gericht an.

Quittung.

Für die freilebenden Textil-Arbeiter gingen ein: S. R. 1,00. — Vom Pflanzenpfeifer in der Luft 1,30. — Von der amerikanischen Auktion Reichhofs 2,75. — Olivenkeller Genossen durch G. F. 20,35. — R. B. Endan 0,50. — E. P. 0,50. — P. B. 0,50. — R. S. 1,00. — Zwei Note, Neustadt 1,50. — Von den Handschuhmachern durch D. S. 6,35. — Vom Verein der nichtgewerblichen Arbeiter 10,00. — H., Sudenburg 1,50. — Der Jubilar 2,00. — G. F. 0,25. — Von Metallarbeitern Neue Neustadt 10,10. — Die lustigen Weiber 4,35. — Metallarbeiter Neustadt 5,00. Die Expedition.

Gesetzes betreffend die Zuckersteuer wird morgen in der Beilage zur Volksstimme nachgedruckt. Die Redaktion eignet sich vorzüglich zur Landagitation. Unsere Genossen auf dem Lande, welche diese Rede an Nichtabonnenten der Volksstimme verbreiten wollen, mögen noch heute die Zahl der gewünschten Exemplare angeben.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Ansig, Dresden, Lorgan), date (7. März, 8. März), and water level changes (+1.58, +0.29, etc.).

Zur Landagitation.

Die Rede des Abgeordneten Bod über die Stellung der Sozialdemokratie zu dem Entwurf eines

Geschäfts-Eröffnung Mitte März.

Geschäfts-Eröffnung Mitte März.

Die angenehme Aufgabe, einen jeden seiner Mitmenschen zufrieden gestellt zu haben, ist wohl keinem Sterblichen bisher geglückt. Dieses Ziel im Auge, soll es mein ernstes Bestreben sein, mir vor allem die Gunst unserer lieben Hausfrauen zu erringen, denen ich an dieser Stelle meine ganze Schöpfungskraft mit Freuden zur Verfügung stelle.

Dem Grundsätze treu bleibend, nur das denkbar Beste zu liefern, und der Devise jeder tüchtigen Hausfrau:

Mit Vielem hält man Haus, Mit Wenigem kommt man aus,

hulbigend, hoffe ich, das von mir erstrebte Ziel zu erreichen.

Meine lieben Geschäftsfreundinnen aber werden sehr bald erkennen, daß ein Werk, welches auf derartig gesunder Grundlage ruht, einer allgemeinen thätigen Unterstützung wert ist. Das Sparwirtschaftssystem der geehrten Hausfrauen auf diese Weise fördernd, wird mir gewiß auch die Dankbarkeit der geschätzten Hausväter nicht versagt bleiben und zeichne ich in diesem Sinne

Hochachtungsvoll

Alfred Bruck

Fabrik-Niederlage in Haus- und Küchen-Geräten Alte Ulrichsstraße 4, im „Magdeburger Hof“.

C. Seyffarth, Buchan.

Billigste Bezugsquelle fertiger Herren- u. Knaben-Garderobe, Einsegnungs- u. dgl. Aufhängung nach Maß unter Garantie guter Eigens. Schnittwaren, Weißwaren. Verfertigungen gefastet. Buchan, Coquiststraße 17. 218 gegenüber der Porzellanfabrik. Kleider, Mantel, Schürzen, 4 Stühle, jeder Auszubeh., Spiegel mit Schränkchen, Küchenschrank, elegant geputzt, Teppich, Regulator, etc. etc. bei Breitweg 94 I Tr.

Brot! Brot! Brot!

Das größte und vorzüglichste Brot liefert die Bäckerei von Bernhard Hienzsch Buchan, Klosterbergstraße 13. Für nur 17 u. 24 Mk. ein Paar ganz vorzügl. Gebett Betten, neu und breit (letz. 2 1/2 Mtr.), u. federdichtem Inlett u. dauerweiche Federn. Rosenberg, Jakobikirchstraße 2 I, l. vorn. 161

Für Brautleute! Billigste Bezugsquelle für Möbel, Spiegel und Polsterwaren. A. Schiele Jacobsstraße 2. 312

Preußlicher Malzkaffee ist gesund. Solide Versicherungsagenten nicht gegen Provision und Firm N. Spiegel, Marktstr. 1. 126. Meinen verehrten Kunden zur gefl. Kenntnisnahme, daß der Arbeiter Karl Niwitzer nicht mehr in meinem Geschäft arbeitet, daher nicht beauftragt ist, Bestellungen für mich anzunehmen, vielmehr bitte ich, solche direkt an mich gelangen zu lassen. Grube, Koeks, Koflen- u. Holzhandl. Gustav Kriese, Freistr. 16.

Danksagung. Zurückgeführt vom Grabe meines lieben, unvergesslichen Vaters, unseres Sohnes, Bruders und Schwagers Otto Liebetrau. Ich sage hiermit allen lieben Freunden und Bekannten unseren besten Dank für die herzliche Teilnahme. Dank den Mitarbeitern vom Grufonwerk für das Ehrengeleit. Die trauernden Hinterbliebenen.

Stadt-Theater. Dienstag, den 10. März. Benefiz für Herrn Eduard Eisbach. Fra Diavolo. Hierauf: Flotte Bursche.

Küchenzettel der Haushaltungsschule des Damenvereins. Dienstag: Vegierte Suppe, Schmortofel, Bratwursthülze, Salzartoffeln. Mittwoch: Weiße Bohnensuppe, Rindfleisch mit Mörensaucen und Salzartoffeln. Donnerstag: Erbsensuppe, Kartoffelbrei mit Beesf. Freitag: Brühsuppe mit Nudeln, Kohlraben mit Schwein fleisch. Sonnabend: Frühsuppe, Zwiebelsauce mit Kürbissen und Salzartoffeln.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen. 1. Küche Thranberg 37; 2. Küche Grotz Wägenstraße 7; 3. Küche Schmiedstraße 61. Neustadt. Dienstag: Erbsensuppe mit Hühnerped. Mittwoch: Kohlraben mit Schwein fleisch. Donnerstag: Erbsensuppe mit Rindfleisch. Freitag: Kartoffelbrei mit saurer Sauce und gebrochener Leber. Sonnabend: Reissuppe mit Rindfleisch.

Wochenberichte. Marktpreise: Erbsen, gelbe zum Kochen 15,00—17,00 M.; Erbsenbohnen, weiß 19,00—23,00 M.; Sinsen 16,00—42,00 M.; Kartoffeln 4,00—4,50 M.; Rindfleisch 3,50—4,75 M.; Hammelfleisch 2,50—3,00 M.; Ven 5,00—6,50 M. Alles für 100 kg. Rindfleisch im Großhandel 0,94—1,10 M. von der Seite 1,30—1,40 M.; Hammelfleisch 1,00—1,20 M.; Schweinefleisch 1,00—1,20 M.; Kalbfleisch 1,00—1,10 M.; Hammelfleisch 1,00—1,10 M.; Speck, ger. 1,60 M.; Butter 2,00—2,40 M. Alles für 1 kg. Eier für 60 Stück 2,50—2,90 M. Hierzu eine Beilage.

Sehr billig! Sudenburg. Sehr billig! Fleischwaren. Thüringer Rotwurst II, Rotwurst, allezeit Bratwürstchen oder Guter Leberwurst, Thüringer Bratwürstchen, Salz, allezeit Bratwurst, Thüringer mit Knoblauch, Schlackwurst, stark gewürzt, Speck, fett, gewürzt, Rinterschinken, in Saucen, in Aufschnitt, Flosser, ganz frische Bratwürstchen, Schmalz, etc. etc. Eier. Butter. M. Lehnhardt Sudenburg, Breitweg Nr. 113. Fernsprecher 823.

Musverkauf wegen Aufgabe des Ladens zu bedeutend ermäßigten Preisen. Otto Dittmar Cigarrenhandlung Breite Weg Nr. 98. Preußlicher Malzkaffee ist der beste. Kauft Cigarren mit Schutzmarke bei Otto Schmidt, Cigarrenfabrik Braunschweigstr. 15. Schauen nur gute Qualität, 6 St. 0,25 Stk. bei Bestellung von 20 Stk. 36,00 Stk.

Fleisch-Offerte. H. Rindfleisch 60 Stk. 60 Stk. Schweinefleisch 60 Stk. Kalbfleisch 60 Stk. Hammelfleisch 60 Stk. Rotwurst u. Salz 60 Stk. Leberwurst 60 Stk. Schlackwurst 100 Stk. Salamawurst 100 Stk. Geh. Rindfleisch 70 Stk. Geh. Schweinefleisch 60 Stk. Grabow's Rind- u. Schweinefleisch 4 Gr. Junterstraße 4.

Zähne. Einsetzen, Plombieren, Reinigen. Schmerzloses Ausziehen u. Kachgas. Rud. Barfels Buchan, Schönebiederstraße 29/30, Ecke Gärtnerstraße. E. Barfels, Br. Weg 210, nahe Hauptpost. Künstl. Zähne, Zahnoperationen.

Homöopathie! Meine überaus großartigen u. sensationellen Erfolge zeigen von der Vorzüglichkeit der von mir angewandten Methode. Selbst die verheerendsten Krankheiten sind in den allermeisten Fällen noch heilbar. Visser, homöopath. Prakt. Magdeburg, Jacobsstraße 3. Preußlicher Malzkaffee ist der beste.

Katharine Zander geb. Sindemann im vollendeten 63. Lebensjahre. Dies jagte ich nicht an die hiesigen Genossen. A. Zander und Kinder. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. März, nach 4 1/2 Uhr, von der Leiche aus, Magdeburg-Sudenburg, Grotzweg 51, statt. 163.

Grober Unfug.

In der Volksstimme vom 18. Januar d. J. ließ der verantwortliche Redakteur für den Inseratenteil, Genosse Lantau, eine Annonce erscheinen, worin er verschiedene, anerkannt historische Schriften zu dem historischen Feste des Reichsgründungsjubiläums empfahl. Dadurch soll er unbegrenzte Kreise des Publikums beunruhigt, auch gegen Sitte und Anstand verstoßen haben, denn letzteres ist nach den letzten Landgerichts- und Reichsgerichtsentscheidungen notwendig zum Begriff des groben Unfugs. Nach der Ansicht des Ersten Amtsanwalts sind diese Schriften zwar streng historisch, auch anstandslos im Buchhandel zuzulassen, doch sei es unbedingt grober Unfug, dieselben zu empfehlen, dies verletze nicht nur die Gefühle der deutschen Patrioten auf das höchste, es zeige auch eine durchaus **herlose Gesinnung**, denn der Titel „Der Mythos von der Gründung des deutschen Reiches“ wolle die teuersten Ueberlieferungen des deutschen Volkes als ein Phantombild etwas Wesenloses hinstellen. Verlegend seien auch die Titel „Erinnerungen der Nordpatrioten“, „Die Sedanfeier und die Sozialdemokratie“, sowie „Der Septemberkurs vor dem Reichstage“. Lantau kann sich durchaus nicht erklären, wie man in der Empfehlung historischer Schriften zu einem historisch denkwürdigen Tage groben Unfug sehen könne. Die Werke seien von der Polizei durchgesehen und der freie Verkauf derselben gestattet. Fast alle hiesigen Buchhandlungen hätten zum 18. Januar Schriften empfohlen, die in irgend einem Zusammenhange mit dem Kriege von 1870/71 standen und etwas anderes habe er — Lantau — auch nicht gethan, die Werke selbst würden seit Jahren in der Buchhandlung der Volksstimme verkauft und nie sei dadurch die öffentliche Ordnung gestört, noch das Publikum belästigt worden. Der Amtsanwalt hatte mit Rücksicht auf die **ehrlose Gesinnung** des Angeklagten, der es gewagt habe, die heiligsten Gefühle aller Vaterlandsfreunde zu verletzen, 4 Wochen Haft beantragt, event. Vertagung und Verlesung einzelner Stellen aus der ersten genannten Broschüre oder auch des ganzen Werkes, besonders aber der von Friedrich Engels herstammenden Einleitung, die 1870 lediglich gestrichen sei, um durch den Hinweis auf die erbärmliche Haltung Deutschlands im Jahre 1806 den Siegesjubel etwas zu dämpfen. Lantau beantragt auch die Verlesung, aber dann sämtlicher inkriminierter Broschüren. Der Gerichtshof verzichtete jedoch auf Erhebung weiteren Beweises und erkannte auf 2 Wochen Haft wegen groben Unfugs. Es wurde angenommen, daß diese Schriften zwar zu jeder andern Zeit anstandslos annouciert und verkauft werden könnten, daß aber ihre Empfehlung zum Reichsjubiläum eine grobe Demonstration sei, die geeignet erscheine, bei allen guten Deutschen Anstoß zu erregen und patriotische Gefühle zu verletzen, zumal es sich um ein Blatt handele, das zwar meist nur von Genossen gelesen werde, aber in allen Lokalen öffentlich ausliege. Die Strafe sei nur deshalb nicht höher bemessen, weil nicht erbracht wäre, daß das Publikum auch thatsächlich beunruhigt sei, zum Begriff des groben Unfugs genüge es aber, daß eine Handlung geeignet sei, dies zu thun.

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Landgericht.) Der Bäcker Fritz **Paß** hier war im September 1895 in einem Porzellanwarengeschäft als Hausknecht beschäftigt und **entwendete wiederholt Porzellan- und Glaswaren**, die er Zweck Einrichtung eines Haushalts mit nach Hause nahm. Der Angeklagte wurde in Anbetracht der Vorstrafen zu 6 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Die verheiratete Rohrleger **Stochay**, Witwe geb. Grundmann zu Neustadt, **erbrach im März 1895 mehrere verschlossene Kisten**, die einer Hausgenossin gehörten und stahl daraus Kleidungsstücke, Gardinen und andere Sachen, die sie dann versetzte. Ihr Einwand, sie habe die Gegenstände von einer unbekanntem Trödelerin gekauft, fand keinen Glauben. Der Gerichtshof erkannte auf 6 Monate Gefängnis. — Der Arbeiter **Wilhelm Timpke** von hier, ein vielfach bestraffter Mensch, besuchte zu Neigripp, wo er diente, eine **Wäschefrau und stahl dabei eine Taschenuhr**. Der Angeklagte erhielt ein Jahr Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. — Der Restaurateur **Hermann Thte** in Burg Bierpacht übernommen und ihm die Berechtigung zugestanden, diese jederzeit betreten zu dürfen. Als nun eines Tags im November 1895 der Verpächter in Abwesenheit des Pächters im Lokale erschien und kontrollierte, denunzierte ihn Thie wegen Hausfriedensbruchs. Den Angeklagten traf wegen **wissentlich falscher Anschuldigung** 1 Monat Gefängnis. Dem Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen. — Der Arbeiter **Hermann Metzger** und dessen Ehefrau, Witwe geb. Hunold zu Altona, beide schon öfter vorbestraft, wurden wegen **Pfandentziehung**, verurteilt im Sommer 1895 hier selbst, der Ghemann mit 2 Wochen, die Ehefrau mit einer Woche Gefängnis bestraft. — Die Klempnerfrau **Auguste Kopsfleisch** zu Sudenburg kaufte am 17. Dezember 1895 bei Kublin Stoff zum Preise von 9,50 Mark. Um sich vor Betrug zu schützen, ist dort die Einrichtung getroffen, daß der Kundin von der Verkäuferin zwei Zettel, worauf die gekaufte Ware verzeichnet ist, übergeben worden. Mit diesen Zetteln muß die Kundin zur Kassiererin gehen, die den Kaufpreis annimmt und als Quittung den einen Zettel rot stempelt. Unter Vorzeigung desselben bei der Verkäuferin wird dann die gekaufte Ware ausgehändigt. Frau Kopsfleisch hatte sich nun selbst **einen Stempel aus Holz mit roter Farbe angefertigt** und stempelte damit den über 9,50 Mark lautenden Zettel, worauf ihr die Ware unbeantwortet übergeben wurde. Am 18. Dezember versuchte sie, sich in gleicher Weise Käuferstoff zum Preise von 4 Mark zu erschwindeln, wurde dabei aber abgefaßt. Die Angeklagte erhielt 3 Wochen Gefängnis. — Der Arbeiter **Eduard Dietrich** zu Schönebeck **erschwindelte sich am 11. Dezember 1895 eine Fuhre Dünger**, ohne nachher den Preis von 4 Mark zu zahlen. Den Angeklagten traf wegen wiederholt rückfälligen Betrugs 3 Monate Gefängnis. — Der Gerichtsdiener **Hermann Jantke** zu Schönebeck wurde wegen **fahrlässigen Entweichenlassens eines Gefangenen** mit 10 Mark Geldstrafe belegt. — Der Müllergeselle **Vincent Heidrich** zu Wallwitz stahl

mittels Einbruchs mit einem bisher nicht ermittelten Gefährten zu Mäckern am 19. Januar 1896 57 Wirske, sowie 22 Scheffel Roggen, im Werte von zusammen 190 Mark. Der Gerichtshof erkannte wegen **schweren Diebstahls** auf 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. — Der Arbeiter **Martin Banse** hier, entwendete am 22. Dezember 1895 vom Hofe Thranberg 2 ein leeres Petroleumfaß, das er für 4,70 Mark verkaufte. Er wurde wegen **Diebstahls** im wiederholten Rückfalle zu 5 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Der Schmiedegeselle **Hermann Klemisch** aus Gardelegen wurde vom Schwurgerichte am 23. September 1895 wegen Straßenraubes mit 6 Jahren Zuchthaus bestraft, die er auf der Strafanstalt Nichtenburg verbüßt. Am 26. September und 9. November 1895 **denuncierte** er den Hauptbelastungszeugen wider besseres Wissen wegen wissentlichen Meineides. Klemisch erhielt deswegen eine Zusatzstrafe von einem Jahr Gefängnis. Dem Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Vor dem königlichen Schwurgericht

wird verhandelt: am 9. März d. J., vormittags 9 1/2 Uhr 1. gegen den Kutischer **Karl Meißing** zu Kl.-Dittersleben wegen versuchter Notzucht; 2. gegen den Arbeiter **Wilhelm Heinrich** hier wegen versuchter Notzucht und Betrugs. — Am 10. und 11. März gegen die Arbeiter **Andreas Bishwinnick**, **Kasimir Thomiak**, **Franz Stowroned**, **Franz Samulski** und **Johann Stodlossa** zu Förderstedt, wegen Verbrechen und Vergehen gegen § 223, 223a, 226, 227, 73, 47 des Str.-G.-B. — Am 12. März gegen den Arbeiter **Friedrich Kremäder** und den Tischler **August Hoppe** hier wegen wissentlichen Meineides und Anstiftung dazu. — Am 13. und 14. März gegen den Maurer **Karl Seeger** zu Brandenburg wegen wissentlichen Meineides. — Am 16. März 1. gegen den Tapezier **Gustav Wilhelm Müller** hier wegen versuchter Notzucht; 2. gegen die Arbeiterfrau **Dorothee Kozlowski** geb. Niede hier, wegen wissentlichen Meineides. — Am 17. März gegen die Hebamme **Witwe Behrends**, **Margarete** geb. **Matthes** hier, wegen wissentlichen Meineides. — Am 18. März gegen den Dienstknecht **Karl Christian Meier** zu Warsleben wegen versuchter Notzucht. —

Zwei Bilder aus dem Leben.

Die Amme konnte das Pflegegeld nicht erschwingen. Wegen Mordes ist die verheiratete **Albertine Kurzweg** in Berlin, die bisher als Amme in Stellung war, verhaftet worden. Am 1. März d. J. wurde im Tiergarten die Leiche eines etwa einjährigen Mädchens aus dem Wasser des Landwehrkanals gezogen. Die Mundhöhle der Leiche war durch einen zusammengedrehten Handschuh verstopft. Eine Frau **E.** erkannte in der Leiche ihr Halbschwesterkind, das von seiner Mutter, der Amme **K.**, am 29. Februar abgeholt worden war. Letztere hat nach anfänglichem Beugnen zugegeben, daß sie sich ihres unehelichen Kindes, für welches sie **das Pflegegeld nicht mehr glaubte erschwingen zu können**, dadurch entledigt hat, daß sie es lebend in den Landwehrkanal warf, nachdem sie den Mund mit einem Handschuh verstopft hatte, um das Aermste am Schreien zu hindern. —

Festliche

Schauspieler-Clend.

Ein Stück aus dem Bühnenleben von Julius Tark.

„Ist das Fettpulver?“ fragte Fritz.
„Nein, Mehl!“ war die Antwort.
Fritz blickte mit Erstaunen auf den Schauspieler, der sein Gesicht mit Mehlstaub überdeckte und ihn dann mit einem anderen Stück Baumwolle wieder entfernte. Die Schminke verlor hierdurch ihren fettigen Glanz. Die Note ging nunmehr ganz natürlich in dem stark weißlichen Teint auf. Fritz konnte kaum einen Ausruf des Erstaunens unterdrücken. Brenner hatte sein Haar ein wenig schwarz gefärbt und dann gebrannt. Der schwarze Lockenkopf über den frischen Wangen hatte ihn zum Jüngling gemacht.

„Sehen Sie aber jung aus!“ rief verwundert Fritz.

„So?“ antwortete Brenner lächelnd. „Na ja, wenn man sich das Lederzeug angestrichen hat, dann geht es wieder, trotz der fünfundsiebenzig Jahre.“

„Du kannst Dich ja als jugendlichen Helden am Berliner Hoftheater engagieren lassen. Herr Kolbe erzählte gestern, daß sie schon lange keinen vernünftigen haben“, nickte Alfred, der ebenfalls mit der Brennische sein glattes braunes Haar in Locken verwandelte.

„Werde mich nächstens mit dem Intendanten in Verbindung setzen“, erwiderte Brenner trocken.

Dann wandte er sich zu Fritz und beschmierte dessen Gesicht voll „Teint“, den er in kleinen Stücken einem Bleischmückchen entriß, in so energischer Weise, daß das unglückliche Opferklamm mehrmals schmerzlich zusammenzuckte.

„Au, das heißt ja!“ schrie der Mißhandelte mehrmals auf. „Von wem kaufen Sie die Schminke, Herr Brenner?“

„Die mache ich mir selbst.“

Brenner fuhr fort, mit der selbstgefertigten Schminke das Gesicht des geduldigen Kunstjägers zu bearbeiten, als es an die Thür pochte und auf Brenners „Herein“ zwei Kinder mit einem Korbe erschienen, denen Klara auf dem Fuße folgte. Sie hatte ein dickes Tuch über

die Kleider geworfen und sich eng darin eingehüllt. Nur das wackelnde Gesicht sah heraus, die blauen, unterhalb der Augen liegenden Vertiefungen stachen grell ab von den großen schwarzen Augen, die zwischen den Wimpern gespenstisch hervorleuchteten. Brenner eilte ihr entgegen und reichte ihr die Hand.

„Nun, wie geht's denn, Klara, hast Du gut geschlafen?“ fragte er sie liebevoll.

„Ich danke, lieber, ich fühle mich nur ein wenig ermattet.“

Auch Alfred war aufgestanden.

„Na, wird's denn überhaupt gehen?“ fragte er mit-leidig. „Sie muten sich zu viel zu.“

„Ach gewiß“, antwortete sie leise, „die Fadet ist ja nicht so schlimm. Uebrigens hat's der Arzt mir ja erlaubt.“ — Sie verschwieg allerdings, wie sie den Arzt um die Erlaubnis gebeten hatte. — „Hoffentlich wird's heute voll werden“, fuhr sie fort.

„Ich hoffe auch“, sagte Alfred, „der Vorverkauf war gut, aber sagen Sie nichts zum Vater.“

„Gewiß nicht“, erwiderte sie lächelnd, „ich weiß ja, der Aberglaube ist nicht auszutreiben.“

Fritz hatte sich unterdes mit halbgeschminktem Gesicht erhoben, sich rasch seinen gewöhnlichen Anzug übergeworfen und trat nun vor:

„Gestatten Sie, daß ich jetzt nachhole, was ich auf der Probe versäumte und mich Ihnen jetzt in einem allerdings unqualifizierbaren Anzug vorstelle.“

Die Verbindung der Bauernhose und Weste mit dem Hausrocke, dazu das Gesicht, dessen eine Seite nur halbgeschminkt war, machte allerdings keinen besonders eleganten Eindruck. — „Mein Name ist Kolbe.“

Ihr Auge überglitt seine Gestalt. Seine Sprache gefiel ihr. Indessen mochte sein Anzug sie doch nicht ganz ernst lassen. Auf ihren Lippen erschien ein Lächeln.

„O ich bitte sehr“, erwiderte sie freundlich, „das Versäumnis lag ja nicht an Ihnen, ich mußte sofort nach unserer Scene hingehen. Das ist nun einmal bei uns Schauspielern nicht anders. Uebrigens haben Sie mit auf der Probe als Barbaud in unserer Scene gut gefallen.“

„Sie sind zu gütig, gnädige Frau.“

„Ganz gewiß, indessen würde ich es besser halten,

wenn Sie etwas weniger markiert sprechen würden und besonders in den Bewegungen mehr den prozigen Bauern hervorkehren würden. Es klingt bei Ihnen oft so, als wenn nicht der Bauer Barbaud, sondern irgend ein Graf spricht. Es wirkt bei weitem mehr, wenn Sie die Leidenschaft eines schroffen Bauerngemütes betonen würden.“

„Ich werde mich bemühen, gnädige Frau“, erwiderte Fritz. Er war äußerst erstaunt, diese Gedanken und diese Ausdrucksweise, die er nach seinen Erfahrungen nie vermutet, in dieser Umgebung zu finden.

„Gewiß, es wird schon werden. Sie sollen ja sehr fleißig sein, habe ich mir sagen lassen. Nur immer frisch arbeiten, so lange Sie jung sind. Das Berne ist Ihnen doch nicht unangenehm?“

„Im Gegenteil, gnädige Frau.“

„Bei uns wird Ihnen die Gelegenheit, Ihren Fleiß auszuprobieren, nicht fehlen. Bei den drei, vier Herren, die wir zu verwenden haben, können wir überhaupt nur die Hauptrollen besetzen. Sie werden sich also bald ein Repertoire schaffen können. Doch ich will Sie nicht weiter stören. Auf Wiedersehen! Guten Abend, meine Herren! Guten Abend.“

Klara ging in die Damengarderobe. Die Frauen umringten sie sofort und begrüßten sie herzlich. Trotz des sonstigen Streites und der entgegengesetzten Charaktere fühlten sie doch alle einigiges Mitleid mit dem Unglück, das Klara durchmachen mußte.

Brenner fuhr in seiner Schminkarbeit fort. Nach einer Weile fragte Fritz:

„Herr Brenner, wir haben auf der Probe ja nur diejenigen Scenen durchgemacht, in denen ich spiele. Wie sind denn die anderen Rollen besetzt? Die Reden der Bauernburichen werden, wie ich höre gestrichen, den Samillard spielt der Direktor. Nun bleibt aber doch noch der Martineau. Wer spielt denn den?“

„Meine Frau“, antwortete Alfred.

„Ihre Frau?“ fragte Fritz erstaunt. „In Männerkleidern?“

„Bewahre; aus dem Bauern Martineau wird eben eine Bäuerin. Frau Martineau.“

„Das nenne ich aber geschickt“, fiel Fritz lächelnd ein.

(Fortsetzung folgt.)

